

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 181

Januar 2010

€ 0,50

Vor 20 Jahren: Vorrevolutionäre Situation in der DDR



1989/90 – der Kampf für ein rotes Rätedeutschland und gegen die Konterrevolution

Am 21. November hielten wir in Berlin unsere Diskussionsveranstaltung zum 20. Jahrestag der vorrevolutionären Situation in der DDR 1989/90 ab. Über 50 Teilnehmer aus vielen Teilen Deutschlands sowie aus anderen Ländern hörten im Verlaufe des Tages Referate und diskutierten über die Lehren des Zusammenbruchs des Stalinismus und den Kampf der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) gegen die kapitalistische Konterrevolution in der DDR, Osteuropa und der Sowjetunion. Das Eröffnungsreferat erklärte, wie der Stalinismus einen Bruch darstellte mit dem Programm von Lenins und Trotzki's Bolschewiki, die die Oktoberrevolution 1917 geführt und für ihre Ausweitung gekämpft hatten. Es skizzierte unsere kompromisslose Verteidigung der Sowjetunion im zweiten Kalten Krieg Anfang der 1980er-Jahre im Gegensatz zu allen möglichen Arten von Pseudolinken, die den Imperialisten ihre „Menschenrechts“-Kampagnen abgekauft hatten (siehe dazu auch „Von Berlin bis Moskau: Der Kampf der IKL gegen die kapitalistische Konterrevolution“, *Spartakist* Nr. 178, Juli 2009). Das Hauptreferat unseres Genossen Fred über unseren Kampf gegen die Konterrevolution in der DDR 1989/90 für eine revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution im Osten und sozialistische Revolution im Westen ist im Anschluss abgedruckt. Im zweiten Teil der Veranstaltung schilderte unser Genosse Jan J. die Gründung der Spartakusowska Grupa Polski (SGP), polnische Sektion der IKL, im Jahre 1990; das Referat ist auf Seite 7 abgedruckt. Eine Genossin berichtete über unsere Arbeit gegenüber der Roten Armee in der DDR; Ziel war, das Programm des Trotzkismus ins Heimatland der Oktoberrevolution zurückzu-

Fotos (Spartakist): Prosozialistische Losungen auf Demo am 4. November 1989 in Ostberlin

bringen. Über unseren Kampf, in der Sowjetunion 1991/92 die Arbeiterklasse gegen die sich anbahnende Konterrevolution zu mobilisieren, berichtete eine andere Genossin in ihrem Referat (siehe dazu *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 16, Herbst 1994).

In der Diskussionsrunde schilderten eine Reihe von Sympathisanten und Mitgliedern, wie sie aufgrund unseres Kampfes 1989/90 zu uns gestoßen waren. Ob aus dem Milieu der SED, der Vereinigten Linken (VL) oder des Neuen Forums, fast alle, die wir damals gewonnen haben, kamen von anderen Organisationen, mit denen sie über die Frage des Kampfes gegen die Konterrevolution gebrochen hatten. Ein Genosse, der einer der Mitbegründer der ersten Spartakist-Gruppen in Ostberlin war, schilderte, wie die Unterdrückung jeder politischen Diskussion durch die Stalinisten dazu führte, dass sich Kritiker der Opposition der Bürgerbewegung unter dem Schutzmantel der Kirche zuwandten. Ursprünglich hatte er sich gedacht, dass der Abzug der Roten Armee aus Afghanistan 1988/89 ein Verrat war und dass man dort gegen die Mudschaheddin kämpfen sollte. Als er sich damit bei den Diskussionen mit anderen Oppositionellen völlig isoliert fand, glaubte er letztlich selber, dass er falsch lag. Erst durch den Kontakt mit uns wurde er wieder zu seiner ursprünglichen Meinung gewonnen. Es hatte ihn sehr beeindruckt, wie der Raum in unserem damaligen öffentlichen Treffpunkt im Halkevi (linkes Zentrum) voller

Fortgesetzt auf Seite 2

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

1989/90...

Fortsetzung von Seite 1

Leute war, die heftig rauchend eifrig über Arbeiterräte und Revolution diskutierten, während ein Banner an der Wand hing: „Für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht, Luxemburg“. So hatte er sich die Bolschewiki in den 1920er-Jahren vorgestellt.

Ein Hallenser Teilnehmer meinte, dass wir Linken heutzutage nicht das Recht hätten, Leute wie Ernst Thälmann, die ihr Leben gelassen haben, die zum Teil gefoltert wurden, als Verräter abzustempeln. Nach der Konterrevolution sollten viele Schulen, die die Namen von Thälmann, Pieck, Liebknecht oder Luxemburg trugen, umbenannt werden. Viele Eltern haben diese Namen verteidigt, und er meinte, dass sie Recht damit hatten, und zwar nicht nur deshalb, weil er selber Thälmannpionier war, sondern auch weil diese Namen dafür stehen, dass einfache Arbeiter zum Marxismus fanden. Genossen erklärten, dass es bei der Kritik nicht um die Person Thälmanns geht, sondern darum, die politischen Lehren aus dem Verrat der KPD-Führung von 1933 zu ziehen. Natürlich verteidigen wir Thälmann gegen die deutsche Bourgeoisie, die Thälmann hasst, weil er für sie für Sowjetunion und Sozialismus steht. Von den Stalinisten in der DDR wurde ein Thälmannkult betrieben, der die Schuld für die Niederlage 1933 von den Schultern der stalinistischen Komintern- und KPD-Führung auf die deutsche Arbeiterklasse abwälzen sollte. Damit soll auch weggewischt werden, dass die Trotzkisten damals das richtige Programm aufgezeigt haben, die Nazis zu stoppen, nämlich dass die KPD die SPD in eine Einheitsfront hätte zwingen müssen, um die Nazis zu zerschlagen. Die SPD-Basis und die Arbeiter in den SPD-geführten Gewerkschaften wollten kämpfen, und das hätte die KPD ausnutzen müssen, anstatt die SPD mit den Nazis in einen Topf zu werfen mittels der Sozialfaschismus-,theorie“. Thälmann wurde von den Nazis ermordet, wie Abertausende kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter auch (siehe auch „Stalin/Thälmann und ihre ‚Dritte Periode‘“, *Spartakist* Nr. 69, 24. April 1990, und Nr. 70, 8. Mai 1990).

Ein Sympathisant aus Halle, der 1989/90 bei der Vereinigten Linken aktiv war, betonte, dass für ihn die Frage der Volksfront zentral war, um mit der VL und ihrem Konzept der „Einheit der Linken“ zu brechen. Tatsächlich haben die Stalinisten in der DDR den Arbeitern jahrelang ihr Klassenbewusstsein mit einem volksfrontlerischen Weltbild, das Klassenkampf leugnend die Welt in „progressive“ und „re-

aktionäre“ Völker unterteilt, vergiftet. Die Volksfront ist die falsche Lehre, die aus dem selbstmörderischen Sektierertum der Komintern Anfang der 1930er-Jahre gezogen wurde. Die Volksfront ist ein Bündnis zwischen proletarischen und „progressiven“ bürgerlichen Kräften, beschränkt auf einen rein bürgerlichen Rahmen: Sie ist das Gegenteil der leninistischen Einheitsfront, die auf dem Prinzip „Klasse gegen Klasse“ basiert, d. h. Einheit der Arbeiter in der Aktion, im Klassenkampf *gegen* die Bourgeoisie, trotz der grundsätzlichen Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Von Stalin und der Komintern auf dem VII. Weltkongress 1935 verkündet, wurde die Volksfront zu einem der Hauptinstrumente, proletarische Revolutionen zum Entgleisen zu bringen. Ob Frankreich und Spanien Mitte der 1930er-Jahre oder Chile 1973: Die Volksfront ist der Todfeind jeder Revolution.

Insgesamt war die Veranstaltung sehr erfolgreich und nahezu alle Teilnehmer blieben die ganzen acht Stunden von Anfang bis Ende, woran sich bei vielen noch weitere Diskussionen in den Kneipen und Cafés rund um den Veranstaltungsort anschlossen.

* * * * *

Die Feiern der Bourgeoisie zum 20. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin spielten sich während der heftigsten Wirtschaftskrise der kapitalistischen Welt seit den 1930er-Jahren ab. Auch wenn die Bourgeoisie behauptet, der Kommunismus sei seit 20 Jahren tot und beerdigt, so ist sie doch nicht so degeneriert, dass sie ihre eigenen Lügen wirklich glaubt. Die Bourgeoisie weiß, früher oder später wird die Arbeiterbewegung wieder aufstehen. Sie kann diesen Moment mit ihren antikommunistischen Kampagnen hinauszögern, verhindern kann sie ihn nicht. Unsere Aufgabe als proletarische Revolutionäre ist es, sich darauf vorzubereiten, und dazu gehört auch das Wissen darüber, wie die kapitalistische Konterrevolution in der DDR siegen konnte.

Der Fall der Berliner Mauer

Im Sommer 1989 wurde offensichtlich, dass sich die DDR in einer tiefen Krise befand. Im Frühjahr musste die Regierung die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen fälschen, obwohl sie diese eigentlich schon bürokratisch kontrollierte. In China unternahm das Proletariat, ausgelöst durch die Studentenproteste am Tiananmenplatz, die ersten Schritte einer proletarisch-politischen Revolution, was dann aber Anfang Juni von den chinesischen stalinistischen Bürokraten im Blut

Fortgesetzt auf Seite 10

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler, Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Dezember 2009

Nr. 181

Januar 2010

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Gesellschafter der Verlag Avantgarde GmbH: Herbert Aubel (Berlin),
Geschäftsführer, 33%; Sylvia Krüger (Berlin), Journalistin, 33%;
Günter Weinreich (Hamburg), Geschäftsführer, 33%.

der kapitalistischen Reaktion und des Faschismus in Deutschland. Er kämpfte gegen die Nazis, bevor sie an die Macht kamen und danach, sowohl innerhalb Deutschlands als auch in den von ihnen besetzten Ländern. Er war die personifizierte Widerlegung der schmutzigen Verleumdung, dass die deutsche Arbeiterklasse für den Hitlerismus verantwortlich sei. Damit inspirierte er sowohl belgische und französische Arbeiter als auch deutsche Soldaten zum Kampf gegen die Unterdrückung durch die Hitler-Kräfte.

Widerstand gegen den Nazismus war in Europa nichts Ungewöhnliches. Doch der Antifaschismus von Widelin und seinen Genossen war etwas Einzigartiges. Denn ihr Widerstand war ganz vom Geist des *Internationalismus* durchdrungen.

Sie vereinigten sich nicht mit den Agenten des alliierten Kapitalismus um die nationalistische Losung „Tod den Boches!“ – wie es die Stalinisten und „Sozialisten“ taten. Im Gegenteil, Widelin und seine Mitarbeiter in allen Ländern versuchten die Massen der besetzten Länder mit den deutschen Soldaten der Besatzungsarmeen in gemeinsamem Kampf gegen ihre gemeinsamen Unterdrücker zu vereinen. *Verbrüderung* war ihre Methode, denn sie wussten, dass der Kampf gegen den Hitlerismus nur durch Verbrüderung zu einem erfolgreichen revolutionären Ende gebracht werden konnte. Als Folge davon setzte die Gestapo auf den Kopf Widelins einen höheren Preis aus als auf manchen alliierten General.

Widelins Arbeit war äußerst gefährlich. Es war viel einfacher, einem deutschen Soldaten in dunkler Nacht ein Messer zwischen die Rippen zu stoßen, als diesen selben Deutschen bei Tage zu treffen, sein Vertrauen zu gewinnen und ihn für die Reihen der revolutionären Kämpfer gegen den Faschismus zu rekrutieren. Doch so schwierig diese Arbeit war, Widelin führte sie mit zunehmendem Erfolg bis zum Tag seines Todes durch.

In enger Zusammenarbeit mit französischen und belgischen Trotzlisten half er mit, ein Netzwerk von Zellen der Vierten Internationale innerhalb der Wehrmacht aufzubauen.

en. Diese Arbeit war so wirkungsvoll, dass die Gestapo eine Sonderkommission nach Paris entsandte, um die Trotzlisten zu vernichten. Allein in einer deutschen Einheit wurden mehr als 30 Soldaten als Trotzlisten hingerichtet, nachdem ein Spitzel in ihre Reihen eingeschleust worden war.

Widelins größte Leistung war *Arbeiter und Soldat*, die illegale deutsche Zeitung, die er unter Anleitung des Europäischen Sekretariats der Vierten Internationale gründete und herausgab.

Mit einem Exemplar dieser Zeitung erwischt zu werden bedeutete schreckliche Folter und den sicheren Tod. Dennoch wurde sie verbreitet von Frankreich, wo sie im Untergrund gedruckt wurde, durch ganz Belgien bis nach Deutschland selbst. Und wie die britische trotzkistische Zeitung *Socialist Appeal* kürzlich berichtete, fanden Exemplare ihren Weg bis in die entfernten deutschen Garnisonen in Italien. (Trotz vieler Razzien fand die Gestapo nie die Druckerpresse, auf der *Arbeiter und Soldat* gedruckt wurde.)

Ein weiterer Beitrag Widelins war seine Rolle bei der Vorbereitung der historischen Europäischen Konferenz der Vierten Internationale im Februar 1944, an der er als Delegierter teilnahm und von der er zum Mitglied des Europäischen Exekutivkomitees gewählt wurde.

Die Ermordung Widelins war ein schwerer Schlag für die Vierte Internationale und vor allem für ihre deutsche Sektion. Wäre er heute noch am LEBEN, so wäre er ganz gewiss wieder in Deutschland, um für die Beendigung der alliierten Unterdrückung dieses Landes zu kämpfen. Doch keinesfalls in nationalistischem Geiste! Er würde leidenschaftlich die deutschen Arbeiter in unabhängigem Kampf organisieren, er würde aktiv unter den alliierten Soldaten arbeiten, um ihre Sympathie und Unterstützung zu erringen. Seine Methode wäre noch immer die Verbrüderung. Seine Losung und sein Ziel wären noch immer diejenigen, für die er sein Leben gelassen hat – die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und der ganzen Welt.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 944, 9. Oktober 2009

Erfolgreiche Spartakist-Abokampagne 2009



Spartakist

Ergebnis (12. Oktober bis 15. November 2009)

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	100	123	123 %
Hamburg	80	96	120 %
Auf Entfernung	10	8	80 %
Gesamt	190	227	119 %

Jahresabo (6 Ausgaben): € 4,-

Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Verteidigt Simon Singh!

Verteidigt wissenschaftliche Medizin!

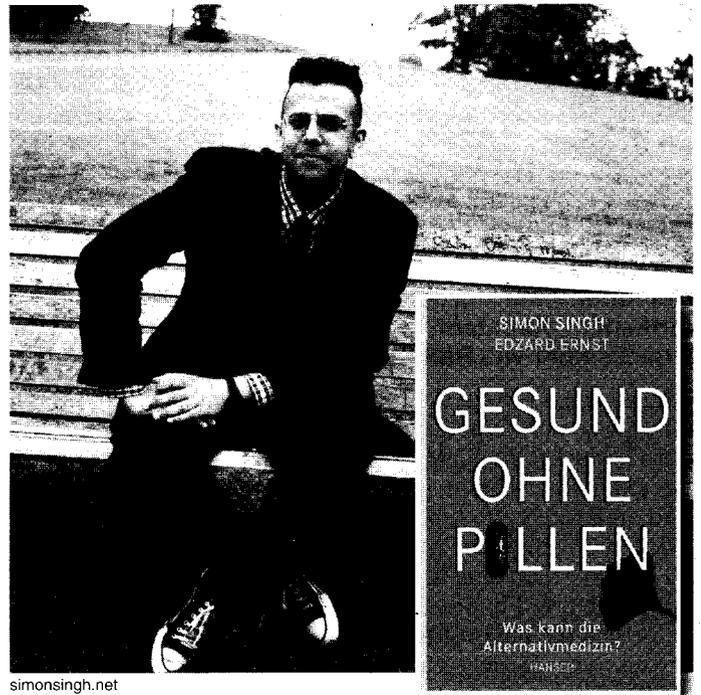
Die folgende Erklärung wurde am 14. Dezember 2009 von der Spartacist League/Britain, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, herausgegeben. Sie wurde am gleichen Tag bei einer Rede von Simon Singh zum Thema „Wissenschaft und der Kampf für Redefreiheit“ am Imperial College in London verteilt.

Wir Marxisten verteidigen den angesehenen Wissenschaftsjournalisten Simon Singh gegen die empörende Verleumdungsklage der British Chiropractic Association (Verseinerung der britischen Chiropraktiker, BCA). Dabei geht es um den Artikel „Beware the Spinal Trap“ [Vorsicht vor der chiropraktischen Falle] von Singh, erschienen im April 2008 im *Guardian*, der die Richtigkeit einer Erklärung der BCA bestreitet, dass Chiropraktik gegen eine Reihe von Kinderbeschwerden wie Koliken, Ohrentzündungen und Asthma helfen würde. Singh erklärte, „es gibt keinerlei Belege“ für diese Behauptung, und versicherte, dass die BCA „Scheinbehandlungen anpreist“. Verleumdungsklagen gegen Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten nehmen zu. 2007/08 kämpften der *Guardian* und der Journalist Ben Goldacre, Autor des Buches *Bad Science* [Die Wissenschaftslüge], gegen eine Verleumdungsklage des Vitaminpillenmagnaten Matthias Rath, der in Südafrika Anzeigen schaltete, die AIDS-Medikamente als wirkungslos anpries und seine eigenen Nahrungsergänzungsmittel anpries. Auch wenn Rath gezwungen war, die Klage fallenzulassen, konnte der *Guardian* nur einen Teil der angefallenen kolossalen Anwaltskosten von 500000 Pfund zurückbekommen.

Im reaktionären politischen Klima der heutigen nachsowjetischen Welt sind wir Marxisten gezwungen, die grundlegenden Prinzipien des Materialismus, Säkularismus und des rationalen Humanismus der Aufklärung des 18. Jahrhunderts zu verteidigen. Vor diesem ideologischen Hintergrund greift die Quacksalberei, allgemein unter der Bezeichnung Alternativ„medizin“ bekannt, um sich und vieles davon wird vom Staat auch noch bezahlt. Die britische Regierung hat 20 Millionen Pfund Steuergelder für die Sanierung der Königlichen Londoner Homöopathischen „Klinik“ ausgegeben, während Unfall- und Notfallstationen geschlossen werden.

Wissenschaftliche Medizin und Quacksalberei stehen einander unversöhnlich gegenüber. Einige der gängigen Behandlungen mögen relativ harmlos sein und manchmal einen Placeboeffekt hervorrufen, häufiger jedoch sind sie sowohl an sich gefährlich als auch dadurch schädlich, dass sie den Patienten von der nötigen medizinischen Behandlung abhalten. Dies wird im Buch *Gesund ohne Pillen – was kann die Alternativmedizin?*, Carl Hanser Verlag (2008), dargelegt, einer autoritativen Studie über Akupunktur, Homöopathie, Chiropraktik und pflanzliche Medizin, das von Singh gemeinsam mit Edzard Ernst verfasst wurde. Die Autoren ziehen die Schlussfolgerung: „Tatsächlich gibt es nicht nur keine Beweise für derlei Postulate [von der Wirksamkeit der Alternativmedizin], vielmehr haben wir immer wieder festgestellt, dass die Alternativmedizin auch ein Gefahrenpotenzial birgt.“ Bezüglich chiropraktischer Therapie sagen sie, sie „mag einen geringen Nutzen haben, aber nur bei Rückenschmerzen – ihre weitergehenden Ansprüche sind sämtlich unbegründet.“

Die Klageschrift der Verleumdungsklage der BCA wurde



simonsingh.net

gleich nach Erscheinen von *Trick or Treatment?* eingereicht. Der *Guardian* bot der BCA an, dass sie auf seinen Seiten eine Antwort auf Singhs Artikel veröffentlichen könnte. Aber die BCA lehnte ab und zog es stattdessen vor, sich hinter den englischen Verleumdungsparagrafen zu verstecken. Die BCA-Klage hat eine öffentliche Kampagne hervorgerufen und über 20000 Menschen haben eine Petition unterzeichnet, die eine Reform der Verleumdungsparagrafen fordert, weil sie „abschreckend auf Diskussion und Debatte wirken“ und bei wissenschaftlichen Disputen nichts zu suchen haben.

Die englischen Verleumdungsparagrafen, die auch in anderen Ländern wirksam einklagbar sind, sind derartig vorteilhaft für den Kläger, dass London auch „die Hauptstadt der Verleumdungsklagen“ genannt wird. In der Frage von Verleumdungen hat das englische Rechtssystem keinerlei Bezug zur Wahrheitsfindung. In Wirklichkeit ist es nichts anderes als ein Schutz vor der Wahrheit für die Reichen und Hochwohlgeborenen. Anders als in den Vereinigten Staaten beispielsweise, wo der Kläger beweisen muss, dass die umstrittene Behauptung falsch ist, liegt in England die Beweislast beim

Seminar der Spartakist-Jugend Berlin

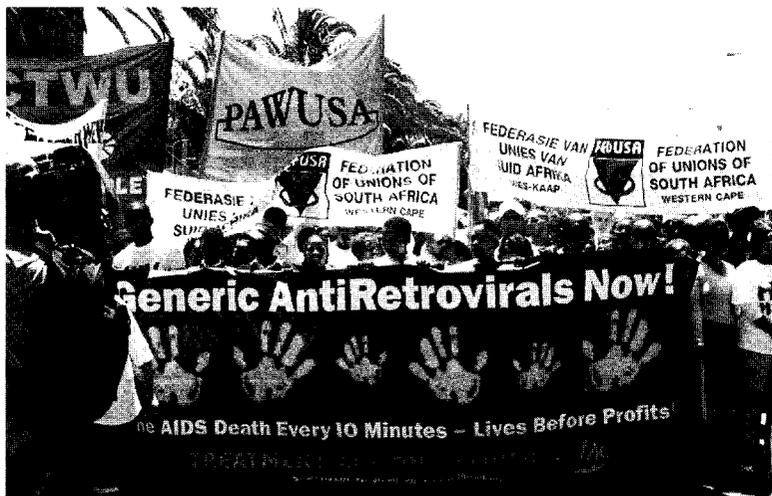
Die Oktoberrevolution von 1917

Film: „Reds“

Empfohlenes Lesematerial:

- „Die Russische Revolution von 1917,“ *Spartakist* Nr. 169 (Winter 2007/08) und *Spartakist* Nr. 170 (März 2008)
- W. I. Lenin, „Die Aprilthesen“ (1917)

Freitag, 15. Januar, 19 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)



Treatment Action Campaign

Demonstranten fordern Medikamente für HIV-infizierte Südafrikaner, Kapstadt, Februar 2003. Antiwissenschaftliche Quacksalber wie Rath bedrohen das Leben von Millionen

Angeklagten. Angesichts von einhundertmal höheren Anwaltskosten als in den meisten anderen europäischen Ländern kommen die Fälle meistens nicht vor Gericht, sondern erledigen ihre schmutzige Aufgabe, Journalisten, Zeitungen und andere Herausgeber einfach einzuschüchtern, auch so. Wie Simon Singh erklärte: „Jeder Herausgeber, der überlegt, ob er sich gegen eine Klageschrift verteidigt, kann dies nicht aufgrund ihrer Fundiertheit tun, sondern aufgrund der Frage, ob er sich die außerordentlichen Kosten leisten kann, einen Prozess vor Gericht zu führen“ (*Scotsman*, 11. Dezember 2009).

Das britische kapitalistische System ist schuld am unzulänglichen Bildungssystem, das in der Bevölkerung zu weitverbreiteter Unkenntnis der wissenschaftlichen Grundlagen führt, und es ist unfähig, der Masse der arbeitenden Bevölkerung eine anständige Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Aufgrund dieser Umstände greifen viele Leute zu Heilmitteln, die Wunder versprechen.

Es ist ein Skandal, dass im 21. Jahrhundert Prinz Charles, Thronerbe der mittelalterlichen Institution der Monarchie, 900 000 Pfund vom Gesundheitsministerium erhielt,

Korrektur

Im Artikel „Iran: Nieder mit dem klerikalen Regime! Keine Unterstützung für ‚Reform‘-Mullahs!“ (*Spartakist* Nr. 179, September 2009) stand in einer Bildunterschrift eines Fotos fälschlicherweise: „Iranerin wird zur Hinrichtung durch Steinigen vorbereitet, 2004.“ Während das Bild den Horror, dem Frauen im theokratischen Iran ausgesetzt sind, illustriert, machte ein Abonnent des *Workers Vanguard* (aus dem wir den Artikel, der das Foto enthielt, übersetzt und adaptiert hatten) darauf aufmerksam, dass das Bild nicht von Amnesty International stammt, sondern ein Standbild aus dem dänischen Film *De Steen* (Der Stein) aus dem Jahr 1994 ist.

Als die Genossen des *WV* untersuchten, wie es dazu kommen konnte, dass wir unsere strengen Standards für Foto- und Faktenüberprüfung verletzen, fanden sie heraus, dass das Bild 2007 vom rechten Ideologen David Horowitz verwendet worden war. Wie jemand damals im liberalen Blog (Internetagebuch) „Leider Nein!“ kommentierte: „Überprüft niemand von den Rechten seine Quellen? Ich habe es zuvor gesagt und ich sage es nun erneut...Herrgott noch einmal, das ist einfach DUMM!“ Wir auch. Wir entschuldigen uns bei unseren Lesern für unseren Fehler.

um Werbung für „alternative Therapien“ zu machen, die ein internationales Milliardengeschäft sind, während Simon Singh 100 000 Pfund (bisher) blechen musste, um gegen die Verleumdungsklage der BCA zu kämpfen. Die Verleumdungsparagrafen dienen der Verteidigung der Interessen der großen Konzerne. Wir verteidigen auch Dr. Peter Wilmshurst, Consultant Cardiologist [Forscher] am Royal Scrawsbury Hospital, der die Untersuchungsergebnisse, mit denen Werbung für ein neues Herzimplantat gemacht wurde, kritisierte und dafür vom Hersteller verklagt wurde. Er steht nun aufgrund einer Verleumdungsklage der US-Firma NMT Medical vor dem finanziellen Ruin.

Der Marxismus beruht auf den Errungenschaften der Aufklärung und der bürgerlichen Revolutionen, die die wissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von den Fesseln des Feudalismus befreiten. Der Triumph der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92 hat eine Periode der theoretischen, politischen, sozialen und nicht zuletzt sexuellen Reaktion eingeläutet. Es gibt zunehmend Angriffe auf die Wissenschaft, so auch von christlichen Fundamentalisten, die versuchen, die Lehre von Darwins Evolutionstheorie zu unterminieren. Besonders in diesem Zusammenhang ist es notwendig geworden, erneut die grundlegenden Voraussetzungen des historischen Materialismus und der entsprechenden marxistischen Prinzipien zu bekräftigen.

Die Verleumdungsparagrafen dieses Landes sind Teil eines Systems, das einschließlich der Institution des Parlaments dazu dient, die Arbeiterklasse da zu halten, „wo sie hingehört“. Wir freuen uns auf den Tag, an dem die Verleumdungsparagrafen und das verlogene System, das sie stützen – einschließlich feudaler Relikte wie Monarchie, Oberhaus und etablierte Kirchen –, in einer sozialistischen Revolution hinweggefegt werden. Eine zukünftige internationale sozialistische Planwirtschaft wird eine kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung für alle ermöglichen und die materielle Grundlage für die anhaltende Existenz gefährlicher antiwissenschaftlicher Quacksalberei beseitigen. In einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft – wo gesellschaftliche Klassen und alle Formen der Unterdrückung Teil einer fernen barbarischen Vergangenheit sein werden – wird der Mensch endlich in der Lage sein, die Macht der Wissenschaft in den Dienst der gesamten Menschheit zu stellen. ■



Abonniere jetzt!

Workers Vanguard,
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
*Black History and the
Class Struggle*

Luftpost € 18,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

Die Ursprünge der Spartakusowska Grupa Polski Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!

Nachfolgend drucken wir die Rede des Genossen Jan J. auf der Tagesveranstaltung vom 21. November 2009 ab.

Liebe Besucher, liebe Genossen! Die Spartakusowska Grupa Polski (SGP) wurde im Oktober 1990 in Warschau als sympathisierende Sektion der IKL auf Basis des Dokuments „Übereinkommen für gemeinsame Arbeit zwischen Bewegung der Jungen Linken und IKL“ gegründet (siehe *Spartakist* Nr. 80, 20. November 1990). Dies war Teil einer revolutionären Umgruppierung, die in dieser Periode auch in Mexiko, Kanada und Irland stattfand. Diese Umgruppierung bestätigte die Macht des trotzkistischen Programms der IKL, die subjektive Revolutionäre von vorgeblich revolutionären Organisationen anzog. Wir in Polen waren eine kleine Gruppe linker Aktivisten, die durch die Ereignisse 1980/81 politisiert, aber vom reaktionären Klerikalismus der Solidarność abgestoßen wurden. Wir gehörten zu den Gründern der Ruch Młodej Lewicy (RML – Bewegung der Jungen Linken, aktiv 1988–90), einer ursprünglich etwas heterogenen Gruppierung, die danach strebte, als linker Flügel der herrschenden stalinistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zu fungieren. 1990 waren wir auf der Suche nach einer revolutionären Partei, der wir beitreten konnten.

Wir entschieden, dass die IKL das Erbe von Lenins und Trozki Bolschewiki repräsentierte und nicht die Strömung der Revolutionären Linken (NLR), die mit dem Vereinigten Sekretariat von Ernest Mandel verbunden war, und nicht die britische Socialist Workers Party von Tony Cliff oder die International Workers League (LIT) des verstorbenen Nahuel Moreno, die wir alle 1989/90 kontaktiert hatten.

Während wir die politischen Programme prüften, stießen wir auf Stalinophobie und die Unterstützung für die Hauptkraft der kapitalistischen Konterrevolution in Osteuropa, Solidarność. Jozef Pinior, einer der örtlichen Solidarność-Führer in Wrocław, gehörte zu Ernest Mandels Vereinigtem Sekretariat. Und so war Wrocław 1989/90 ein Mekka pseudotrotzkistischer Pilger, die darum bemüht waren, den nicht-existenten linken Flügel von Solidarność wieder zum Leben zu erwecken. Dort, in Wrocław, fanden wir sie. Andy Zebrowski von der britischen SWP bat mich darum, eine öffentliche Veranstaltung zu organisieren, wo er ihre seltsame Theorie des „Staatskapitalismus“ vorstellen würde. Dann jedoch – die Plakate, die die Veranstaltung ankündigten, klebten schon überall an den Wänden – veröffentlichte er eine kurze Erklärung in einer lokalen Tageszeitung Wroclaws, dass die Veranstaltung nicht stattfinden würde, weil sie am „falschen“ Ort stattfinden sollte, d.h. einem Kulturzentrum, in dem sich auch die regionale Zentrale der Polnischen Studentenvereinigung (ZSP) befand. Ihr erster öffentlicher Auftritt in Polen bestand also darin, beim antikommunistischen Boykott „regi-



Platforma Spartakusowców

Warschau, 1. Mai 1992: Spartakisten protestieren gegen Antisemitismus und Angriffe auf Abtreibungsrechte. Rechts: SGP-Presse 1990 und 2009

metreuer“ Organisationen mitzumachen. Später etablierten sie eine Gruppe mit dem Namen „Sozialistische Solidarność“ (heute „Arbeitnehmerdemokratie“).

Einen größeren Schock versetzte uns wenig später die mandelianische NLR, die wir als Kandidaten für unseren eventuellen Beitritt ansprachen. Die NLR verlangte von uns als Vorbedingung für eine Mitgliedschaft, all unsere früheren Aktivitäten als Bewegung der Jungen Linken zu verurteilen, weil es eine informelle Gruppe war, zu der auch Mitglieder verschiedener sich im Zerfall befindender stalinistischer Organisationen gehörten. Während langer Nachtstunden erklärten wir ihnen, warum das für uns unmöglich war: Warum sollten wir den antikommunistischen Hass der Solidarność auf stalinistische Organisationen unterstützen, nur weil NLR-Mitglieder Solidarność als ihrer Lieblings„gewerkschaft“ individuell beigetreten waren? Gleichzeitig waren wir nicht stolz darauf, Mitglied in stalinistischen Organisationen zu sein, sondern darauf, die vergessenen internationalen Traditionen des Gedenkens an die „drei L“ (Lenin, Luxemburg, Liebknecht) wieder bekannt zu machen, die von Stalin in der Zeit um die Auflösung der Kommunistischen Partei Polens 1938 unterdrückt worden waren. Wir waren stolz darauf, eine wichtige Rolle dabei gespielt zu haben, dass 1988/89 die polnische Übersetzung von Trozki *Verräter Revolution* durch eine stalinistische Organisation, die Vereinigung der Sozialistischen Jugend Polens (ZSMP), als Broschüre herausgebracht wurde. Die Mandelianer glaubten jedoch, dass das ZSMP-Logo auf der Titelseite Linke in Polen davon abhalten würde, die *Verräter Revolution* zu lesen. Ein paar Jahre später schafften sie es, sie in Buchform als „Erstausgabe“ herauszubringen.

Ein paar Monate nach dem erfolglosen Versuch, der NLR beizutreten, hatten wir Diskussionen mit den Morenisten der LIT, um ihnen beizutreten. Zu dem Zeitpunkt hatten wir von IKL-Genossen, die wir zuvor getroffen hatten, ein paar Artikel über die Morenisten bekommen. Dies schuf

eine Situation des direkten Wettbewerbs zwischen den Programmen der LIT und der IKL. Wir veröffentlichten in unserer Zeitung *Platforma* (Nr. 7, April/Juli 1990) ein Fraktionsdokument aus der mexikanischen Morenogruppe. Es war das Dokument der „Trotzkistischen Plattform“, verfasst von zwei Genossen, die bald darauf der IKL-Sektion in Mexiko beitraten. Es fasste die IKL-Positionen zusammen und machte einen tiefen Eindruck auf uns.

Die NLR, SWP und LIT idealisierten allesamt die Solidarność von 1980/81 als eine großartige proletarische Bewegung. Wie jedoch die internationale Spartacist Tendenz (iST, Vorläufer der IKL) im Oktober 1981 warnte, wurde auf ihrem ersten nationalen Kongress klar, dass sich Solidarność auf einem Programm der kapitalistischen Konterrevolution konsolidiert hatte und eine „gelbe Gewerkschaft für CIA und Bankiers“ geworden war. Wir von der RML fanden es richtig, dass die iST damals die Forderung aufstellte: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“, und wir mochten das iST-Programm der politischen Revolution, wie es beispielsweise zum Ausdruck kam in ihrer Forderung nach Gewerkschaften in Polen, die für die Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums an Produktionsmitteln eintreten.

Wir stimmten dem Aufruf der IKL vom Herbst 1989 nach einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa zu, für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch eine proletarisch-politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen. Wir stimmten dem Aufruf der IKL zur bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion und anderer Arbeiterstaaten gegen kapitalistische Konterrevolution zu. Wir stimmten überein mit den Losungen „Hoch die Rote Armee“ in Afghanistan 1980 und „Für die Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker“, dies umso mehr, da die Aktivisten der „Kämpfenden Solidarność“ in Wrocław eine polnische Brigade in Afghanistan organisierten, die auf Seiten der von der CIA finanzierten und bewaffneten Mudschaheddin kämpfte.

Die Morenisten von der LIT weigerten sich, die „Trotzkistische Plattform“ auch nur mit uns zu diskutieren. „Alles Lügen“, sagten sie. Dann erfuhren wir, dass sie „Trotzkisten“ waren, die noch nicht einmal von der Tradition der „drei L“ gehört hatten. So entschieden wir uns, der IKL beizutreten, der einzigen Organisation, die der „drei L“ gedachte, wie wir es kannten, im Gegensatz zur LIT.

Das allererste Stück Propaganda, das wir von IKL-Genossen erhielten, war ein Flugblatt der deutschen Sektion, der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), her-

ausgegeben auf Polnisch mit Hilfe eines Sympathisanten in London, der „Brief an die polnischen Arbeiter“ (6. Mai 1990 – siehe *Spartakist* Nr. 72, 5. Juni 1990). In dem Brief warnte die deutsche Sektion die polnischen Arbeiter vor Solidarność. In unserer Antwort – wir schrieben ihnen einen Brief – stellten wir die kommunistische Tradition der von Solidarność entgegen und wir fassten unsere Erfahrungen mit der sogenannten „trotzkistischen Bewegung“ in Polen zusammen, wo wir oft Aktivisten trafen, „die aus ‚Solidarność‘ kommen oder zumindest alle ihre Hoffnungen auf ‚Solidarność‘ setzen. Bis jetzt ist es schwierig für sie, sich von diesen Illusionen zu befreien. Entweder ist ihnen die Realität unserer wahren Tradition nicht bekannt, oder sie unterdrücken sie (aus ‚taktischen‘ Gründen). Es wird zunehmend schwieriger für uns, mit ihnen eine gemeinsame Sprache zu finden.“ Wir schrieben ebenfalls: „Die Bedrohung der Arbeiterstaaten durch den deutschen Imperialismus, vor der Ihr warnt, wird in Polen benutzt, um eine nationalistische Hysterie zu schüren. Es ist unser Ziel, dagegen mit einem internationalistischen Standpunkt aufzutreten und zu einer gemeinsamen Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiterrevolution auf dieser und auf der anderen Seite der Oder aufzurufen“ (*Spartakist* Nr. 79, 6. November 1990). Wie ihr sehen könnt, glaubten wir im Sommer 1990 fälschlicherweise, dass es in Ostdeutschland noch nicht vorbei war, während der kapitalistische Anschluss in Wirklichkeit als Folge der Volkskammerwahlen im März 1990 seinen Lauf nahm, als sich dort die Kräfte der Konterrevolution durchsetzten.

Unser „Übereinkommen für gemeinsame Arbeit zwischen Bewegung der Jungen Linken und IKL“ wurde nach programmatischen Diskussionen mit IKL-Genossen, die uns besuchten, unterzeichnet. In diesem Dokument unterstützten wir die oben genannten Positionen der IKL. Wir ehrten die 600 000 sowjetischen Soldaten, die im Kampf um die Befreiung Polens von der Nazibesetzung gefallen waren und erinnerten an die stolze Tradition des polnischen Proletariats, die von Rosa Luxemburg verkörpert wird. Wir riefen zur revolutionären Einheit der deutschen, polnischen und russischen Arbeiter auf. Wir riefen auch auf zu „Klassenkampf gegen die Versuche, soziale Errungenschaften der kollektivierten Wirtschaft abzubauen“, einschließlich einer Reihe demokratischer Forderungen wie das Recht auf Abtreibung auf Wunsch! Die SGP wurde zwei Monate vor dem endgültigen Akt der Konterrevolution in Polen gegründet, als Jaruzelski im Dezember 1990 durch Walesa als Präsident ersetzt wurde, womit der kapitalistische Staat konsolidiert wurde. Wir verstanden jedoch, dass die Sowjetunion die entscheidende Kampfarena war.

Wir erhielten Kartons voll mit IKL-Publikationen auf Russisch. Monatlang brachten wir sie am Hauptbahnhof in Wrocław, wo die sowjetischen Züge nach Legnica hielten, unter die Soldaten. Und wir verkauften sie von Tür zu Tür an sowjetische Offiziere, die mit ihren Familien in der Umgebung stationiert waren. Hin und wieder verkauften wir zusammen mit SpAD-Genossen, die uns gerade besuchten. Wir verkauften den russischen *Spartacist*, *Bjulleten Spartakowzew*, mit dem Hauptartikel „Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist“. Und wir von der SGP fuhren nach Deutschland, um dort bei ähnlichen Tür-zu-Tür-Verkäufen unserer russischsprachigen Presse zu helfen. Das wichtigste Ereignis war eine Veranstaltung im Mai 1991 vor etwa 300 Offizieren und Technikern der Luftstreitkräfte in einem Club der Kaserne des Rote-Armee-Stützpunkts in Wünsdorf anlässlich der Feier des Sieges der Roten Armee über Nazi-Deutschland am 8. Mai 1945. Als einer, der russisch spricht, hielt ich dort eine unserer beiden Reden, die zur Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistische Konterrevolution aufriefen. Ich erinnere mich, wie offen die politische Situation



DEUTSCHE AUFGABE

Bestellt!

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 21, Frühjahr 2000

€ 2,-

Deutsche Ausgabe
Nr. 16, Herbst 1994

€ 1,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

Der Bankrott der Theorien über eine „Neue Klasse“
Tony Cliff und Max Shechtman:
pro imperialistische Komplizen der Konterrevolution

Stalinismus – Totengräber der Revolution
Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde
Für sozialistische Revolution, um Jetzins Konterrevolution wegzufegen!

Pseudo-Trotzkisten zur Ukraine
Warum sie Trotzkis misshandeln ... 16
Über Trotzkis Statisten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine ... 17

IKL-Diskussion über Osteuropa und die Sowjetunion
Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten in Osteuropa von Joseph Seymour ... 26
Für marxistische Klarheit und eine vorwärts gerichtete Perspektive von Albert St. John ... 48

USA: Weg mit der russischen Todesstar!
Bettor Mumbia Abu-Jamal! ... 48

Wichtige Schritte von Lenin zum ersten Mai auf dem Reichstag
Die Kommunistische Internationale nach Lenin ... 25

Münster: Weg mit den Anklagen gegen Frauenrechtsdemonstranten!

Die nachfolgende Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung (KfsV) vom 18. Dezember ging an die Staatsanwaltschaft Münster.

Wir protestieren gegen die fortwährende staatliche Repression gegen die über hundert Demonstranten, die nach einem Protest am 14. März 2009 gegen den sogenannten „1000-Kreuze-Marsch“ angeklagt wurden. Diese Demonstranten übten ihr Demonstrationsrecht aus, gegen diejenigen zu protestieren, die reaktionär gegen Frauenrechte mobilisieren, insbesondere gegen das Recht auf Abtreibung. Christlich-fundamentalistische Kampagnen ähnlich denen der „1000 Kreuze“ haben international direkt zu rechtsextremistischen Terroranschlägen geführt. Ein Beispiel ist die Ermordung Dr. George Tillers durch einen fanatischen Abtreibungsgegner Anfang dieses Jahres in den USA.

Die Verbindung der Faschisten zu diesen Themen in Deutschland ist nicht nur historisch. Am 4. Oktober 2008 marschierten 60 Neonazis in München gemeinsam mit solchen sogenannten „Lebensschützern“. Der „1000-Kreuze-Marsch“ war eine gefährliche Provokation, es gab jeden Grund, am 14. März 2009 dagegen zu protestieren.

Die Maßnahmen der Münsteraner Polizei, den Protest gegen fanatische Abtreibungsgegner einzukesseln und abzudrängen, und die anschließenden Anklagen gegen die Demonstranten können nur als ein Versuch verstanden werden, Demonstrationen für Frauenrechte einzuschüchtern und zu unterbinden. Das war ein empörender Einsatz der Staatsgewalt und ist von internationalem Interesse. Wir werden unser Bestes geben, diesen Fall in der Arbeiterbewegung bekannt zu machen.

Die Anklagen gegen die ersten der Beschuldigten, die vor Gericht kamen, wurden fallengelassen. Wir bestehen darauf, dass auch die Anklagen gegen die restlichen Demonstranten unverzüglich fallengelassen werden. Sofortige Einstellung aller Verfahren!

* * * * *

Das KfsV begrüßt den Einsatz zur Verteidigung von Frauenrechten. Ein Angriff auf Einen ist ein Angriff auf Alle! Spendet für die rechtliche Verteidigung der Demonstranten: Schwarz-Rote Hilfe Münster, Konto Nr. 282052468, BLZ 44010046, Postbank Dortmund, der Verwendungszweck lautet „14. März“.

war: Die Kommandeure akzeptierten, dass eine trotzkistische Delegation Reden vor ihren Einheiten im Hauptquartier hält und ihre trotzkistische Presse verteilt. Sicherlich fühlten sich viele sowjetische Offiziere, die an der Frontlinie gegen die NATO-Imperialisten standen, durch Gorbatschows Ausverkauf der DDR und Polens verraten. Ich sagte: „Soldaten und Offiziere des Militärs, die die Sowjetunion auf einer sozialistischen Basis verteidigen wollen, müssen sich die kommunistischen Internationalisten von Trotzki Roter Armee zum Vorbild nehmen, nicht die stalinistischen Verbrecher, die die Macht an sich rissen und die frühere revolutionäre Generation ermordeten“ (*Spartakist* Nr. 86, Mai 1991). Wir halfen auch unseren Genossen der SpAD bei ihrer Arbeit gegenüber der Arbeiterklasse in Deutschland, beispielsweise übersetzten wir das Wahlkampfextra der SpAD für die Bundestagswahlen im November 1990 ins Polnische. Wir halfen auch, *Spartakist* in Berlin zu verkaufen, wenn wir unsere Genossen besuchten. Anfang 1992 besuchte ich die IKL-Station in Moskau und hielt dort eine halböffentliche Schulung über die Tradition der „drei I“ ab.

Ich möchte noch die Rolle erwähnen, die der verstorbene Professor für Geschichte Ludwik Hass, in unserer grundlegenden marxistischen Ausbildung gespielt hat. Er war mit dem Vereinigten Sekretariat Ernest Mandels und anderen pseudotrotzkistischen Organisationen verbunden. Dennoch weigerte er sich, beim antikommunistischen Boykott mitzumachen, der so charakteristisch für dieses Milieu war. Laut Pro-Solidarność-Intellektuellen schrieb der Boykott gegen das „Regime“ vor, dass er nicht im Fernsehen auftreten sollte (was er tat) und nicht Artikel in „kommunistischen“ Zeitungen publizieren durfte (was er ebenfalls machte). Hass half uns dabei, unter der Hand eine Ausgabe der *Verratenen Revolution* zu bekommen, und er gab uns Übersetzungen einiger anderer Werke von Trotzki, die dann auch von der ZSMP als Broschüren veröffentlicht wurden. Und unser erstes Treffen mit Genossen der IKL wurde von Hass persönlich arrangiert.

Hass propagierte die Idee einer „Familie der Linken“. Die Bewegung der Jungen Linken war eine solche politisch amorphe „Familie“, die auf Grundlage des Konsens op-

rierte und nicht auf Grundlage des demokratischen Zentralismus. Daher spaltete sie sich, wann immer ein Konsens nicht möglich war, und sie schrumpfte aufgrund des Fortschreitens der Konterrevolution. Während wir der IKL beitraten, wiesen wir die Idee einer „Familie der Linken“ zurück und wir wiesen die Überzeugung von Hass zurück, dass sich Solidarność erst aufgrund des [im Dezember 1981 verhängten] Ausnahmezustands um ein Programm der kapitalistischen Konterrevolution konsolidiert hatte, d.h. als sie eine „Untergrund“organisation war (innerhalb der katholischen Kirche waren sie nicht so sehr im „Untergrund“).

In unserem „Übereinkommen für gemeinsame Arbeit“ riefen wir zu Arbeitereinheitsfronten auf, um die Faschisten zu zerschlagen und um chauvinistische Angriffe auf Juden, Ukrainer, Roma und Homosexuelle zurückzuschlagen. Wir riefen dazu auf, Linke und ehemalige Mitglieder der (stalinistischen) PVAP gegen die antikommunistische Hexenjagd zu verteidigen. Fast 20 Jahre später leben wir immer noch in der gleichen Periode der Reaktion, die nach dem Sieg der kapitalistischen Konterrevolution einsetzte. Polen ist Teil der NATO und der Europäischen Union. Der Jahrestag von Solidarność wird von den Bossen der imperialistischen Staaten gefeiert. Die polnische Bourgeoisie ehrt Reaktoren, so sagte beispielsweise Bogdan Klich, der nationale Verteidigungsminister, kürzlich: „Wir nehmen an der Operation in Afghanistan aus Dankbarkeit teil. Ohne den Widerstand der Mudschaheddin hätte es keine Solidarność, keinen Runden Tisch [Verhandlungen] und die [erste kapitalistische] Regierung von Tadeusz Mazowiecki gegeben“ (*Gazeta Wyborcza*, 13. November 2009).

Die kapitalistischen Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung, Frauen und Minderheiten werden fortgesetzt, ebenso die antikommunistische Hexenjagd. Unser Ziel ist der Aufbau einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution, die die internationale Arbeiterklasse in dem Kampf führen wird, das verrottete kapitalistische System von Ausbeutung, Krieg und Unterdrückung hinwegzufegen. Für den Kommunismus von Lenin, Luxemburg und Liebknecht!■

1989/90...

Fortsetzung von Seite 2

erstickt wurde. Diese Ereignisse hinterließen einen starken Eindruck in der DDR. Es gab große Illusionen in die Anfang 1985 vom neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow verkündete Politik von „Perestroika“-Marktformen und politischen „Glasnost“-Liberalisierungen. Gorbatschow wollte den vergreisten Erich Honecker an der DDR-Spitze durch jemanden ersetzen, der seine Marktformen unterstützen würde. Dies förderte die Herausbildung einer Opposition zur Honecker-Regierung im Land. In War-



Berlin, 21. November: Über 50 Teilnehmer bei unserer Veranstaltung über den Kampf der IKL für ein Rotes Rätedeutschland 1989/90

schau übernahm im Sommer die konterrevolutionäre Solidarność die Regierungsgewalt von der abdankenden polnischen stalinistischen Bürokratie. Anfang September öffnete Ungarn seine Grenze nach Österreich für DDR-Bürger, was eine große Ausreisewelle auslöste, und wurde dafür mit 500 Millionen DM an neuen Krediten belohnt. In vielen DDR-Betrieben mussten Arbeiter deshalb wegen Arbeitskräftemangel Extraschichten arbeiten. Gleichzeitig gab Gorbatschow als Teil seiner „Marktsozialismus“-Reformen bekannt, dass die Sowjetunion Öl und Rohstoffe nur zu Weltmarktpreisen und konvertierbaren Währungen an die anderen deformierten Arbeiterstaaten verkaufen würde. Die wirtschaftliche Situation in der DDR war schlimmer, als es selbst den Mitgliedern von Honeckers Regierung bekannt war.

Es wurde klar, dass die DDR nicht auf die alte Weise weitermachen konnte. Anfang Oktober 1989 fingen Demonstrationen im Süden der DDR an und wuchsen von Woche zu Woche. Honecker wollte bewaffnete Kräfte gegen die Demonstranten einsetzen, aber große Teile der betroffenen Betriebskampfgruppen waren dazu nicht bereit, und Gorbatschow und das Kommando der Roten Armee in der DDR sagten Nein. Am 17. Oktober wurde Honecker gestürzt.

Heute sind wir ständig der bürgerlichen Propaganda ausgesetzt, dass alle Ostdeutschen damals nichts anderes wollten als die kapitalistische Wiedervereinigung mit dem kapitalistischen Westdeutschland. Das ist eine große Lüge im Stile von Joseph Goebbels. Die Masse der ostdeutschen Arbeiter, Studenten und Soldaten wollten die DDR vor dem Zusammenbruch durch die Politik der stalinistischen Herrscher retten. Eine Unterschriftensammlung „Für unser Land!“ erhielt die Unterstützung von fast 1,2 Millionen. Mit „Unser Land!“ meinten sie die DDR. Die einzige Grundlage für die eigenständige Existenz der DDR war, dass sie auf einer ande-

ren Klassenbasis beruhte als das kapitalistische Westdeutschland, d. h. dass sie ein Arbeiterstaat war (wenn auch bürokratisch deformiert). Das war dann auch, mehr oder weniger klar verstanden, der einzige vernünftige Grund, warum so viele für eine fortgesetzte Existenz der DDR eintraten: Ablehnung des Kapitalismus und Eintreten für eine sozialistische Gesellschaftsordnung. Am 4. November 1989 gab es eine Demonstration in Ostberlin mit knapp einer Million Teilnehmern. Neben bürgerlich-demokratischen Parolen, Losungen für Reisefreiheit und gegen die SED konnte man auch explizit prosozialistische Banner und Losungen sehen wie „Für kommunistische Ideale – Keine Privilegien“, „Bildet Räte“ und so weiter. Fünf Tage später fiel die Berliner Mauer.

Das Internationale Exekutivkomitee der Internationalen Kommunistischen Liga hatte Ende Oktober einen Bericht über die offene Situation in der DDR erhalten und traf sich vom 9. bis 11. November 1989. 24 Stunden später flogen die ersten führenden Genossen nach Deutschland, um die Trotzkistische Liga Deutschlands, damals die deutsche Sektion der IKL, zu unterstützen bei ihrer Intervention in diese vorrevolutionäre Situation, um der ostdeutschen Arbeiterklasse revolutionäre Führung zu geben. Im Verlauf dieser Intervention – die größte, welche die IKL jemals unternahm – hatten wir ein Drittel unserer Mitgliedschaft vor Ort. Wir warfen alles hinein, was wir hatten. Am 15. November erschien unser Flugblatt „Arbeiterräte an die Macht!“ (nachgedruckt in *Spartakist* Nr. 180, November 2009). Davon verteilten wir 200.000 während der nächsten zwei Wochen. Zu dieser Zeit erhöhte *Spartakist* seine Erscheinungsweise von zweimonatlich auf wöchentlich bis zweiwöchentlich.

Am 7. Dezember brachten wir die erste Ausgabe von *Arprekorr – Arbeiterpressekorrespondenz* – heraus, zeitweise täglich erscheinend, als kollektiver Organisator der Avantgarde der Arbeiterklasse und als das Werkzeug, die Partei aufzubauen, die notwendig war, um die proletarisch-politische Revolution zu führen. Die Propaganda wurde uns förmlich aus den Händen gerissen. In allen größeren Städten bildeten sich Gruppen von Jugendlichen oder Arbeitern, die *Arprekorr* verteilten und die wir in den Spartakist-Gruppen organisierten.

Für ein rotes Arbeiterrätedeutschland!

Wir intervenierten mit unserem Programm für ein rotes Arbeiterrätedeutschland, für die revolutionäre Wiedervereinigung durch proletarisch-politische Revolution im Osten, um die stalinistische Bürokratie rauszuwerfen, und für sozialistische Revolution im Westen, um die Bourgeoisie zu stürzen. Wir verstanden, dass Deutschland entlang einer Klassenlinie geteilt war und dass die Frage stand: revolutionäre oder konterrevolutionäre Wiedervereinigung. Also machten wir unsere Opposition zu Letzterer klar mit unserer Losung „Kein Ausverkauf der DDR!“ Von diesem Standpunkt aus kämpften wir für eine revolutionäre Partei in Ost und West. Wir schickten Mitglieder der ostdeutschen Spartakist-Gruppen auf Tour durch das Ruhrgebiet, das industrielle Kernland des deutschen Kapitalismus.

In der DDR trafen wir auf eine widersprüchliche Form von falschem Bewusstsein, das auf den Lügen und Entstellungen des Stalinismus basierte. Diese volksfrontlerische Weltanschauung setzte falsche Kategorien wie „friedliebende Länder“, „progressive Völker“ oder „Flügel“ des Imperialis-

SAV unterstützte die Konterrevolution in der DDR

Dieser Herbst markierte den 20. Jahrestag des Mauerfalls. Neben dem offiziell organisierten Regierungsjubiläum hielten auch mehr oder weniger linke Gruppen ihre „Wendefeierlichkeiten“ ab. Darunter die SAV, deren Linie 1989/90 für die DDR zusammengefasst wird durch ihre damaligen Forderungen „SPD in die Offensive!“ und „Enteignet den gesamten Besitz der SED-PDS“. Für die SAV-Führung sind Hinweise darauf heute natürlich wenig sachdienlich, wo sie doch bemüht sind, sich dem anderen Flügel der deutschen Sozialdemokratie als loyale Opposition anzudienen: der Linkspartei. Um den Widerspruch zwischen dem „Antistalinismus“ der SAV (der nichts als sozialdemokratischer Antikommunismus ist) und ihrem scheinbar linken Auftreten für eine neue Arbeiterpartei aufzuzeigen, gingen wir zu ihren Veranstaltungen in Berlin und Hamburg. Ein Genosse der Spartakist-Jugend Berlin erklärte in der Diskussionsrunde am 23. Oktober, dass es 1989/90 zwei entgegengesetzte Optionen gab: Entweder politische Revolution zur Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten und zum Sturz der Bürokraten durch Arbeiterräte oder Anschluss an den „demokratischen“ deutschen Imperialismus, also kapitalistische Konterrevolution. Die Spartakisten kämpften bis zuletzt für die Verteidigung der Arbeiterstaaten, die SAV (jahrzehntelang in der SPD vergraben) unterstützte im Namen von „Demokratie“ Antikommunismus, von der klerikalen antisemitischen Solidarność bis zum Möchtegern-Zar Boris Jelzin. Der Genosse führte aus:

„Während wir 1989/90 warnten, dass die bürgerliche Arbeiterpartei SPD mit ihrem Eintreten für ‚Demokratie‘, also ‚demokratischen‘ Kapitalismus, das trojanische Pferd der Konterrevolution war, unterstützten die SAV-Vorläufer die gleichen Illusionen in bürgerliche ‚Demokratie‘ z.B. durch die Forderung nach ‚freien Wahlen‘. Die Frage dabei ist: Demokratie für welche Klasse? Gleichzeitig sahen [...] die beiden SAV-Vorläufer natürlich nicht ihr Muttertier SPD, sondern die SED als Hauptfeind an. Während wir Spartakisten versuchten, prosozialistische Arbeiter, also auch Teile der SED-Basis, für den Kampf für ein rotes Rätedeutschland zu gewinnen, sahen die SAV-Vorläufer, wie eben auch gesagt wurde [vom Referenten], die kleinbürgerlichen Oppositionsgruppen wie das ‚Neue Forum‘ als verhinderte ‚sozialistische‘ Führung an.“

Der SAV-Referent hielt dagegen, dass „freie Wahlen“ doch eine ganz traditionelle Forderung der Linken sei. Ganz im Gegenteil: Die Forderung nach „freien Wahlen“

war im Kalten Krieg ein Schlachtruf „großer Demokraten“ wie Helmut Kohl, Ronald Reagan und Margaret Thatcher und wurde „traditionell“ als Codewort für bürgerlich-demokratische Konterrevolution verstanden. Schon Karl Kautsky unterstützte die kapitalistische Konterrevolution im Namen der „Demokratie“ gegen die Oktoberrevolution von 1917. Lenin erklärte in *Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky* (1918):

„Argumentiert man als Marxist, so muss man sagen: Die Ausbeuter verwandeln den Staat (die Rede ist hier von der Demokratie, das heißt von einer der Staatsformen) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter über die Ausgebeuteten...“

Argumentiert man als Liberaler, so wird man sagen müssen: Die Mehrheit entscheidet, die Minderheit hat sich zu fügen... Von einem Klassencharakter des Staates im allgemeinen und einer ‚reinen Demokratie‘ im besonderen zu sprechen ist überflüssig; das gehört nicht zur Sache, denn Mehrheit ist Mehrheit und Minderheit ist Minderheit: ein Pfund Fleisch ist ein Pfund Fleisch und damit basta.“

Schon in ihrem Standardwerk zur eigenen Rolle 1989/90, *Die gescheiterte Revolution* von Robert Bechert, wird klar, wo die SAV den Hauptfeind sieht: Neben diversen Lippenbekenntnissen zu Rätedemokratie beschreibt Bechert, wie sie die „Forderung nach einem sofortigen Ende der Zusammenarbeit der Oppositionsführer mit dem Regime“ aufstellten. Die SAV war nichts als ein Haufen „radikaler“ Berater für die prokapitalistischen „Oppositionsführer“ von SDP-Pfaffen wie Thierse bis zu kleinbürgerlichen Bürgerbewegten wie Birthler. Wie es später im Text heißt, sei „die Forderung nach freien Wahlen zu dieser Zeit eine scharfe Waffe gegen das Regime“ gewesen. Genau, eine scharfe Waffe *aus dem Arsenal der Imperialisten!*

Der Tenor der Veranstaltung war Distanzierung von der DDR, nach dem klassischen Muster, den Arbeiterstaat mit dem stalinistischen Regime gleichzusetzen. Ein Unterstützer von REVOLUTION (mittlerweile Teil der Abspaltung RSO) vollbrachte das Kunststück, die SAV noch rechts zu überholen, indem er argumentierte, dass „alle Arbeiter im Stalinismus mehr oder weniger kostenlose Zwangsarbeiter“ waren! Ein älterer Herr war entsetzt über die Feindseligkeit gegenüber der DDR und verließ den Saal vorzeitig unter Protest. Hinterher diskutierten wir mit Teilnehmern und mobilisierten für unsere Veranstaltung zum Kampf für ein rotes Rätedeutschland (siehe Titelseitenartikel).■

mus an die Stelle einer revolutionären Weltanschauung, die auf einer Perspektive des Klassenkampfes basiert. Viele in der DDR dachten: „Wir leben in diesem beschützten ‚Sozialismus in einem halben Land‘ und da draußen gibt es eine im Grunde genommen unveränderliche, feindliche Welt ohne Klassenwidersprüche.“ Unser Programm für eine revolutionäre Wiedervereinigung ging dagegen an, aber es gab weitverbreiteten Skeptizismus gegenüber der Möglichkeit einer sozialistischen Revolution in Westdeutschland.

Die Möglichkeit einer politischen Revolution in der DDR stellte sich schon vor Jahrzehnten im Juni 1953. Mit Stalins Tod im März desselben Jahres sahen die ostdeutschen Arbeiter revolutionäre Möglichkeiten und begannen eine proletarisch-politische Revolution. Hennigsdorfer Metallarbeiter demonstrierten durch Westberlin, forderten eine Metallarbeiterregierung und an der Bahnstrecke nach Westdeutschland hielten DDR-Arbeiter ein Banner, gerichtet an ihre Klassenbrüder im Westen: „Räumt ihr den Mist

in Bonn jetzt aus, in Pankow säubern wir das Haus!“ Der damalige sowjetische Führer Chruschtschow mobilisierte Panzer der Sowjetarmee, was die ostdeutschen Stalinisten unter Walter Ulbricht, dem Vorgänger von Honecker, rettete. Diese proletarische Revolte wurde von den Stalinisten völlig zu Unrecht als „faschistischer Putsch“ verleumdet, denn die Stalinisten wollten jede Opposition gegen ihre Misswirtschaft im Arbeiterstaat als unvermeidlich kapitalistisch-konterrevolutionär darstellen.

In der keimenden politischen Revolution, die im Herbst 1989 anging, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf, wie jene in Russland im Oktober 1917. Arbeiter aus Fabriken kamen zu uns und fragten uns, wie man das macht. Wir erklärten, jede Fabrik würde ihre Delegierten wählen, die jederzeit abrufbar sind, die nicht mehr bezahlt bekommen als ein normaler Arbeiter und die verantwortlich dafür sind, die Politik in den Arbeiterräten zu entscheiden, d.h. wie man den Ausverkauf der Fabrik

verhindert, wie man die Faschisten stoppt und Wohnviertel von ausländischen Arbeitern schützt, und letztendlich wie man die gesamte Gesellschaft regiert. Diese Räte würden die Organe der proletarischen Diktatur sein, entscheiden, was und wieviel zu produzieren ist usw.

Gegen unsere Forderung von 1989/90, „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“, machten Kapitalisten, Sozialdemokraten, stalinistische Kombinatdirektoren und DDR-Oppositionsgruppen wie die Vereinigte Linke (VL) eine Kampagne für Betriebsräte und Mitbestimmung. In *Spartakist* Nr. 68 vom 1. März 1990 berichteten wir:

„Der PDS-Vorsitzende Gregor Gysi sagte am 7. Januar in einem Referat zum Auftakt der Wahlkampagne, ‚Mitbestimmung der Werktätigen‘ sei im Falle von ‚Joint Ventures‘ notwendig, und Betriebsräte seien eine Form der ‚Demokratisierung der Wirtschaft‘.“

Wir warnten:

„Im Gegenteil, hier geht es um den Ausverkauf unserer Wirtschaft, unserer VEBs, der Arbeiter, der DDR.“

Den DDR-Arbeitern sollte verschleiert werden, dass sie mit dem Ausverkauf ihrer Betriebe an das westdeutsche Kapital als Klasse entmachtet werden sollten. „Mitbestimmung“ ist eine klassenkollaborationistische Illusion in eine Versöhnung der Interessen der Ausgebeuteten mit ihren Ausbeutern; dies zeigte sich dann nach der Wiedervereinigung, als die DDR-Industrie von der Bourgeoisie mittels der Treuhand zerschlagen wurde.

Aber auf einer Betriebsrätekonferenz, zu der die VL-Initiativgruppe aufgerufen hatte, hatten Berichte über die realen Bedingungen der „Mitbestimmung“ in der Bundesrepublik eine „ernüchternde“ Wirkung, schrieb das *Neue Deutschland* am 5. Februar 1990. Wir antworteten am 1. März darauf:

„So dient der Aufruf zu Betriebsräten oft dazu, ein Programm für die Restauration des Kapitalismus zu verschleiern... In unserem ‚Offenen Brief an alle Kommunisten‘ (*Arprekorr* Nr. 18, 12. Januar) schrieben wir: ‚Die SED-PDS schlägt jetzt vor, Betriebsräte zu bilden, ‚bevor das Kapital kommt‘ (ND vom 11. Januar). Die Spartakisten rufen auf, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um zu verhindern, dass das Kapital kommt!‘“

In der DDR gab es Fabrikmilizen – die Kampfgruppen. Sie wurden gegründet, um einen weiteren 17. Juni 1953 zu verhindern, aber sie sahen sich selbst als Verteidiger des Arbeiterstaats auf der Fabrikebene. Es gab Abteilungen in jeder Fabrik, mit Zugang sogar zu schweren Waffen wie Artillerie und Panzern. Nach einer Zusammenfassung eines Berichts der Stasi – Ministerium für Staatssicherheit (MfS) – vom 23. Oktober 1989 weigerten sich die Kampfgruppen, als sie zur Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR den Einsatz von Schlagstöcken trainieren sollten: „Schon zu Beginn des Jahres 1989 haben viele Kampfgruppenangehörige dagegen protestiert, dass sie für Straßenkämpfe ausgebildet werden sollten. Ein entsprechender Ausbildungsplan musste fallen gelassen werden.“

Wir Trotzisten finden es nicht überraschend, dass der Versuch schiefging, die Arbeiterklasse zu bewaffnen, um eine proletarisch-politische Revolution zu verhindern. Das trifft auch insofern zu, als die Kampfgruppen eine SED-Parteimiliz waren, schließlich liefen auch 1953 große Teile der SED bis in die Führung hinein zu den aufständischen Arbeitern über. Zum Beispiel schickte Ulbricht zwei Kader aus seinem 20-köpfigen Sekretariat nach Rostock zur Warnow-Werft, um dort die Streiks und Demonstrationen zu beenden. Doch die beiden taten was anderes: Sie verbreiteten die Forderungen der Arbeiter über den Werksrundfunk! Im November 1989, als die SED-Parteioorganisationen auf Fabrikebene verschwanden, hatten die Kampfgruppen das sehr reale Potenzial, zum Kristallisationspunkt für eine proletarisch-politische

Revolution zu werden. Es war also eine sehr bewusste Entscheidung der Stalinisten, diese Einheiten Anfang Dezember aufzulösen und damit die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Aufgrund unserer Propaganda gründeten Einheiten der ostdeutschen Armee – der Nationalen Volksarmee (NVA) – Soldatenräte. Wir wissen, dass unser erstes Flugblatt mit dem Aufruf zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten innerhalb der NVA per Fax an alle Dienststellen verbreitet wurde. Einige dieser Räte verbreiteten *Arprekorr* innerhalb der Armee. Mehrmals begegneten wir auf Demos und bei Verkäufen Soldaten, die uns erklärten: Wir sind Spartakisten! Es waren diese Einheiten, die von den Stalinisten im Januar in Panik aufgelöst wurden.

Hier kann man etwas von dem Unterschied zwischen einem Arbeiterstaat, selbst einem deformierten, und einem kapitalistischen Staat erkennen. Wie Engels vor mehr als 100 Jahren erklärte, besteht der Staat im Kern aus bewaffneten Einheiten, die eine bestimmte Eigentumsordnung verteidigen. Er besteht im Kern aus der Polizei, der Armee, den Gefängniswärttern. Der Staat verteidigt die Produktionsform und die Gesellschaftsklasse, die die Produktionsverhältnisse beherrscht. Im kapitalistischen Staat sind das das Privateigentum an den Produktivkräften und die Kapitalistenklasse, der dieses Eigentum gehört. In den ostdeutschen bewaffneten Kräften (in der NVA) gab es viele Soldaten und Offiziere, die es als ihre Aufgabe ansahen, den Sozialismus zu verteidigen. Im Gegensatz dazu verstehen die Offiziere in der Bundeswehr, wie auch schon ihre Vorgänger von Reichswehr und Wehrmacht, sehr gut, dass sie die letzte Bastion der kapitalistischen Ordnung sind, dass sie auch im Falle eines Bürgerkriegs zu Hause aufständische Arbeiter erschießen werden.

Bei unserer Intervention in der DDR 1989/90 riefen wir zu einer leninistisch-egalitären Partei auf. Anfang Dezember 1989 gab es einen außerordentlichen Parteitag der SED, der mehrere Tage dauerte. Sie warfen die alte Führung raus und fügten zu ihrem alten Namen „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) hinzu. Das verstärkte die Illusionen vieler prokommunistischer Arbeiter und Basismitglieder der SED, dass die SED-PDS, wie sie jetzt hieß, für ihre Interessen reformierbar sei. Aber das war sie nicht. Die SED-PDS bezog sich nicht auf Lenin, was auch vorher schon ein Hohn war, sondern bekannte sich jetzt zu Eduard Bernstein, dessen Reformismus Rosa Luxemburg in der SPD bekämpft hatte. Und zu Karl Kautsky, der die bürgerliche Demokratie von Weimar der Oktoberrevolution in Russland von 1917 positiv entgegenstellte. Die SED-PDS versprach, eine profit-beherrschte kapitalistische Gesellschaft zu verhindern. Gleichzeitig befürwortete sie marktorientierte Reformen und lobte Kanzler Helmut Kohls Programm für konföderative Strukturen, die in Wirklichkeit die DDR im kapitalistischen Westdeutschland aufgehen lassen sollten.

Wir riefen dagegen zu einer leninistisch-egalitären Partei auf. Mit dem Begriff „egalitär“ machten wir klar, dass wir gegen bürokratische Privilegien waren, dass wir nicht die alte SED reformieren wollten, sondern dass wir eine wirklich kommunistische Partei der Arbeiterklasse meinten. Bewusst riefen wir nicht zum Aufbau einer neuen KPD auf, weil dies in den Augen der ostdeutschen Arbeiter geheißen hätte, die bürokratisch verknöcherte stalinistische Partei von Ernst Thälmann wieder aufzubauen, die komplett dabei versagt hatte, die Machtergreifung des Nationalsozialismus zu verhindern. Nur die trotzkistische Opposition innerhalb und außerhalb der KPD hatte vor 1933 ein Programm dafür, der Bourgeoisie, die auf den Faschismus setzte, die Macht durch eine sozialistische Revolution zu entreißen.

An den zwei Wochenenden des außerordentlichen Parteitags der SED (8./9. und 16./17. Dezember 1989) verkauften wir Tausende Exemplare unserer Propaganda und viele Aus-

gaben eines Nachdrucks von Trotzki's *Verratene Revolution*. Am meisten Zuspruch erfuhren wir von SED-Basismitgliedern, also denjenigen, die den Parteitag versorgten, darunter einige Kundschafter von Markus Wolf, dem ehemaligen Chef der DDR-Auslandsspionage (HVA) der Stasi. Große Teile der Berliner SED-Basis hatten auf Demonstrationen am 8. und 10. November 1989 mit bis zu 150 000 Teilnehmern gezeigt, dass sie für Sozialismus kämpfen wollten. Sie hatten immer wieder vor dem SED-ZK-Gebäude eine Reform der SED gefordert. Die Bestrebungen von vielen nach einer neuen „kommunistischen Partei“ wurden durch die Gründung der Kommunistischen Plattform als Spielwiese innerhalb der SED-PDS in Zusammenarbeit mit Gregor Gysi bekämpft. Sie diente vor allem dazu, Demoralisierung und Hoffnungslosigkeit darüber zu verbreiten, dass es keine Alternative zur kapitalistischen Wiedervereinigung gäbe. 2007 veröffentlichte sie folgendes als Abgesang auf proletarische Revolutionen in den imperialistischen Ländern:

„Spätestens zu diesem Zeitpunkt [1983/84] war es klar, dass ein revolutionärer Aufbruch in den entwickelten kapitalistischen Ländern und ein rascher Zusammenbruch der imperialistischen Herrschaft nicht auf der Tagesordnung stand. Die einzig realistische Perspektive war die längerfristige Koexistenz beider Systeme, in der sich zu erweisen hatte, welche Seite es besser vermag, die objektiven Erfordernisse des Friedens und des Fortschritts in der gegenwärtigen Etappe der Menschheitsentwicklung zu realisieren. Es ging darum, Formen zu finden, die dem epochalen Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine Bewegung verleihen, die nicht in einem Kernwaffenkrieg mündet.“ (*Mitteilungen der Kommunistischen Plattform*, Juli 2007)

Proletarischer Internationalismus

Schlüssel für den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, um Arbeiter- und Soldatenräte und eine neue leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, war der Kampf für proletarischen Internationalismus gegen alle Formen von Nationalismus und Rassismus. Es gab eine recht große Anzahl Arbeiter aus Vietnam, Kuba, Mosambik, Angola und Polen in der DDR. Aber sie hatten keine Staatsbürgerrechte. Ein Großteil von ihnen musste getrennt vom Rest der Bevölkerung leben, und obwohl sie formell dieselben Löhne erhielten, wurden diese nicht immer an sie ausgezahlt. Wenn eine vietnamesische Arbeiterin in der DDR schwanger wurde, wurde sie nach Vietnam zurückgeschickt. Das war das völlige Gegenteil des Arbeiterstaates, den die Bolschewiki aufgebaut hatten und für den wir kämpfen. Eines der ersten Gesetze, die in Sowjetrußland nach der Revolution 1917 in Kraft traten, war, dass jeder, der dort lebt und nicht Arbeiter oder Bauern ausbeutet, volle Staatsbürgerrechte hat.

Wir stellten die Forderung auf: „Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!“ Das war zentral, um gegen rassistische Spaltungen in der Arbeiterklasse zu kämpfen. In *Arprekorr* veröffentlichten wir internationalistische Grüße in verschiedenen Sprachen: Vietnamesisch, Portugiesisch, Polnisch, Spanisch und auch Russisch. Auch konnten diese Arbeiter eine lebendige Brücke bilden, um die Partei aufzubauen und die Revolution in ihre Heimatländer zu tragen. Aus genau diesem Grund befahl das stalinistische Castro-Regime allen kubanischen Arbeitern und Studenten in der DDR, dass sie nach Kuba zurückkehren sollen, damit sie nicht mit proletarisch-politischer Revolution und der Idee

der Herrschaft der Arbeiterräte infiziert werden. Ebenso wichtig war unsere bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion. Es gab in der DDR tiefe prosowjetische Gefühle. Die Rote Armee hatte das Naziregime zerschlagen und sie war lebensnotwendig für die Verteidigung gegen die NATO. Im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Staaten konnte es in der DDR keinen „Nationalkommunismus“ – Stalinismus in nationalistischen antisowjetischen Farben – geben. Bis Ende 1989 landeten antisowjetische SED-Dissidenten nach nicht allzu langer Zeit bei der West-SPD (oft genug wurden sie erst durch die stalinistischen Bürokraten zu Antikommunisten gemacht, wie z.B. Wolf Biermann). Die antikommunistischen Pfaffen der Anfang Oktober 1989 gegründeten ostdeutschen SDP verhinderten das dann und schnitten die vereinigte SPD davon ab, ihren Anteil aus der SED zu bekommen. Leute wie PDS-Führer



Spartakisten bei der 3-L-Demonstration in Ostberlin am 14. Januar 1990 stellten sich gegen den Ausverkauf der DDR

Berghofer, die die PDS verlassen hatten, wurden Anfang 1990 an der Tür abgewiesen. Unsere prosowjetische Haltung machte uns populär bei den Teilen der SED-Basis, die für Sozialismus kämpfen wollten.

Die Resonanz unseres Programms war nicht auf Ostdeutschland beschränkt. Immigrierte Arbeiter aus der Türkei sind ein strategischer Bestandteil der westdeutschen Arbeiterklasse, konzentriert in Schlüsselindustrien. Und sie sind viel entfremdeter von der westdeutschen Sozialdemokratie, deren rechter Flügel mit Sarrazin und Buschkowsky offen rassistische Hetze gegen sie betreibt. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs, denn die SPD verteidigt insgesamt diese rassistische bürgerliche Gesellschaft.

Unser Westberliner Büro war in einem Zentrum türkischer Immigranten, das sich Halkevi nannte. Sie überließen uns einen großen Teil ihrer Räume, weil sie verstanden, dass ein wiedervereinigter deutscher Imperialismus verstärkten deutschen Nationalismus und rassistischen Terror bedeuten würde. Eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution im Osten dagegen würde ein großer Schlag gegen Rassismus sein und ein großer Schritt und eine Inspiration für eine soziale Revolution in Westdeutschland.

Eine zentrale Achse unseres proletarischen internationalistischen Kampfes war unser Aufruf für die revolutionäre Einheit des deutschen, polnischen und sowjetischen Proletariats. Unsere Arbeit gegenüber der Roten Armee war ein Teil dieser Perspektive, das Programm von Lenin und Trotzki zurück in die Sowjetunion zu tragen. Die DDR stand dem

westdeutschen Imperialismus, einer der stärksten imperialistischen Mächte der Welt, und seiner Armee, der zweitstärksten in der NATO, direkt gegenüber. Die deutsche Bourgeoisie und die U.S.-Imperialisten traten auf den Plan um die beginnende politische Revolution zu stoppen, indem sie deutschen Revanchismus unterstützten. Neonazis übten Provokationen gegen Soldaten der sowjetischen Truppen in der DDR, die die entscheidende militärische Kraft an der NATO-Frontlinie waren.

Sehr wichtig war der Kampf gegen antipolnischen Chauvinismus, wovon es in der DDR eine Menge gab. Zum Beispiel hatte die Modrow-Regierung Einkaufsverbote gegen Polen erlassen. Unsere internationalistischen Grüße an die polnischen Arbeiter waren sehr wichtig. Im Mai 1990 veröffentlichten wir auch einen „Brief an die polnischen Arbeiter“, der sowohl in der DDR als auch in Polen verteilt wurde. Eine Gruppe, die aus der Jugendorganisation der polnischen stalinistischen Partei kam, kriegte diesen in ihre Hände. Sie schrieben uns zurück, wir kontaktierten sie und daraus entstand unsere polnische Sektion, die Spartakusowska Grupa Polski. Mehr darüber später von einem Genossen der SGP selbst (siehe Seite 7).

Der Schlüssel dafür, uns an die polnischen Arbeiter zu wenden, war unser kompromissloser Kampf gegen die von Vatikan, CIA und Frankfurter Bankiers unterstützte Solidarność. Sie war gerade 1989 an die Macht gekommen und führte die Konterrevolution. Stellt euch einfach mal die Wirkung auf ostdeutsche Arbeiter vor, wenn Streiks in Polen gegen die Angriffe auf die Arbeiterklasse wegen der Konterrevolution zu dieser Zeit ausgebrochen wären. Oder umgekehrt, wie eine erfolgreiche proletarisch-politische Revolution die polnischen Arbeiter inspiriert hätte, Solidarność zu stürzen. Es gibt eine Tradition, die auf Rosa Luxemburg zurückgeht, eine der hervorragendsten Führerinnen der deutschen Arbeiterklasse, die polnisch-jüdischer Herkunft war und zuvor Führerin der revolutionären polnischen Arbeiterpartei SdKPIL.

Die revolutionäre Zeitung

In seiner Polemik von 1902, *Was Tun?*, erklärt Lenin, dass die Zeitung der kollektive Organisator der revolutionären Partei ist. Genau das konnte man im realen Leben mit unserer Tageszeitung *Arprekorr* und unserem zweiwöchentlichen *Spartakist* sehen. Die erste *Arprekorr* kam Anfang Dezember heraus, gegen Ende Dezember bestand ein großer Teil unserer Arbeit darin, Pakete über Pakete jeder Ausgabe per Autokurier oder Bahn und Post in alle Teile der DDR zu verschicken. Wir verkauften zehn- bis zwölftausend *Arprekorr* pro Tag – durchschnittlich.

Arbeiter und Jugendliche rissen sich um unsere Zeitung und wir erhielten in 4 Monaten 500 Leserbriefe, allein im Januar 180. Aber das heißt nicht, dass sie unsere Sicht der Welt teilten. In Diskussionen und in diesen Briefen trafen wir – wie schon erwähnt – auf viele Formen falschen Bewusstseins. Die Stalinisten hatten jahrzehntelang die Lüge verbreitet, dass Trotzki ein Konterrevolutionär war – sozialdemokratisch, faschistisch oder sogar beides. Wir bekamen Briefe von Studenten und Arbeitern, die sagten: „Wir stimmen vollkommen mit dem überein, was ihr schreibt, und wollen auch dafür kämpfen, aber wie könnt ihr euch Trotzki nennen?“ Um die Lügen, die von den Stalinisten verbreitet wurden, zu bekämpfen, brachten wir eine Ausgabe unserer internationalen viersprachigen Zeitschrift *Spartacist* heraus (deutsche Ausgabe Nr. 14, Winter 1989/90) mit dem Titel „Trotzkismus: Was er nicht ist – und was er ist“.

Berlin-Treptow, 3. Januar 1990

Ein bis zwei Wochen nachdem die erste Ausgabe von *Arprekorr* erschienen war, wurde sie in allen größeren Städten

Ostdeutschlands verteilt. Diejenigen, die sie verteilten, taten das, weil sie damit übereinstimmten, wofür wir kämpften. Die Rolle der Zeitung als kollektiver Organisator der Partei war 1989/90 auf explosive Weise sichtbar. Das Wichtigste war, die Gruppen, die *Arprekorr* verbreiteten wie in Halle und anderswo, wirklich zu organisieren, Kommunikation herzustellen und sie politisch zu trainieren, weil die Spartakist-Gruppen das Mittel waren, die revolutionäre Partei aufzubauen, die notwendig war, um die politische Revolution zu führen. Sie waren ein Mittel, die Macht unseres Programms über die Macht der Organisation in Staatsmacht umzuwandeln, in die Herrschaft der Arbeiterklasse in der Gesellschaft. Die erste Spartakist-Gruppe wurde in Berlin am 16. Dezember 1989 gegründet. Sieben Wochen nachdem wir unser erstes Flugblatt in Ostberlin verteilt hatten, sprachen wir bei der prosojetischen und Pro-DDR-Kundgebung von 250 000 in Treptow – ein Gegenpol zu den Montagsdemonstrationen Mitte Dezember 1989 im Süden der DDR, wo Kohl mit Deutschlandfahnen bejubelt wurde.

Am 8. November 1999, dem zehnten Jahrestag des Falls der Mauer, wurde im deutschen Fernsehen eine Talkshow mit Michail Gorbatschow, ehemaliger Präsident der Sowjetunion, Helmut Kohl, Ex-Bundeskanzler des deutschen Imperialismus, und dem Ex-US-Präsidenten Bush gesendet. Sie plauderten darüber, wie sie 1990 die Konterrevolution in der DDR organisiert hatten, und Gorbatschow sagte:

„Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag.“

Gorbatschow redete offensichtlich von der Kundgebung am 3. Januar in Treptow. Vor zwei Wochen wiederholte er praktisch das Gleiche in einem Interview mit *Le Monde* am 6. November: „Nach den Feiern zu Weihnachten und Neujahr sah man überall in Deutschland Massendemonstrationen. Für mich war dies das Signal, dass es unvermeidbar war, meine Politik zu ändern.“

Am 3. Januar 1990 kamen mehr als 250 000 Menschen zu einer antifaschistischen, prosojetischen, pro-sozialistischen Mobilisierung zum sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow, das zu Ehren der Soldaten der Roten Armee errichtet worden war, die ihr Leben im Kampf zur Befreiung Berlins von den Faschisten gegeben hatten. Sie kamen, um gegen die Schändung des Ehrenmals durch Faschisten Ende Dezember 1989 zu protestieren. Und es waren wir, die Trotzkiisten, die diese Einheitsfront initiierten. Wir verteilten 130 000 Flugblätter vor und in Ostberliner Fabriken, in Arbeiterbezirken, vor S-Bahnstationen und besonders an ausländische Vertragsarbeiter. Und wir sagten: „Die grauenhafte Schändung des Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Helden am 28. Dezember in Treptow ruft Abscheu und Empörung bei Millionen Arbeitern und weiten Schichten der Bevölkerung der DDR hervor. Diese Provokation richtet sich genauso gegen unseren Arbeiterstaat, der auf den Ruinen des Hitler-Faschismus errichtet worden ist.“

Wir warnten: „Noch ist der wieder aufsteigende Faschismus eine extremistische Randerscheinung. Er würde erneut die ganze Menschheit bedrohen, sobald die ersten Krisen in einem wiedervereinigten Großdeutschland auftauchen. Heute ist die SPD/SDP das Hauptinstrument, ein solches Großdeutschland herbeizuführen. Jetzt das vielköpfige faschistische Ungeheuer abzuwürgen heißt, diesem sozialdemokratischen Vordringen Einhalt zu gebieten.“ Und wir betonten: „Die Sozialdemokratie ist das Trojanische Pferd der Konterrevolution!“ Wir forderten: „Für gemeinsame



IKL-Veranstaltung mit Soldaten der Roten Armee in Wünsdorf (links). IKL brachte das Banner des Troztkismus zurück in die UdSSR, Moskau 1991

Arbeitermilizen unter der Kontrolle von Arbeiter- und Soldatenräten! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Für eine leninistisch-egalitäre Partei! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Für das Wiederaufleben der Wirtschaft durch zentrale Planung unter Arbeiterräten! Kein Ausverkauf der DDR – Die DDR darf nicht das Panama des westdeutschen Imperialismus werden! Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!“

Es waren die Fabrikarbeiter, die das Rückgrat unserer Mobilisierung bildeten. Zuerst weigerte sich die SED-PDS, sich dem Aufruf zu einer Demonstration anzuschließen. Aber als sie feststellten, dass die Ostberliner Betriebe hinter unserem Aufruf standen, sagte uns Lothar Bisky, einer der Führer der SED-PDS: „Ihr habt die Arbeiter“, und sie waren gezwungen, den Aufruf zu der Demonstration zu unterstützen. Bisky meinte nicht, dass wir sie schon in unseren Reihen organisierten, sondern dass unser Programm die Bestrebungen der prosozialistischen Arbeiter ausdrückte. Das Potenzial für das explosive Wachstum einer troztkistischen Partei war real. Unser Programm fing an lebendig zu werden. In vielen Fällen wussten die SED-PDS-Führer mehr darüber als wir damals.

Und 250000 hörten Troztkismus gegen Stalinismus, die IKL gegen die SED-PDS. Es war das erste Mal seit Troztkis Verbannung aus der UdSSR und der Zerschlagung der Linken Opposition dort in den späten 20er-Jahren, dass Troztkisten vor einem Massenpublikum in einem deformierten Arbeiterstaat sprechen konnten. Ich zitiere aus der Rede unserer Genossin Renate:

„Eine politische Revolution, wie sie jetzt ausgebrochen ist und unter uns Raum greift, die sollten wir verteidigen.

Die wirtschaftliche Abschöpfung und politische Eingliederung in Etappen, wie sie durch den BRD-Imperialismus versucht wird und wo sie Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern. Das darf nicht geschehen! Dagegen ist es notwendig zu kämpfen!

Richtig, stoppt die Nazis durch Arbeitereinheitsfront! Wir müssen weiter denken. Unsere Wirtschaft leidet unter Verschwendung und Veralterung. Die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, dass sie untauglich ist, dagegen anzugehen...

Lenin sagt, Politik ist die Konzentration der Ökonomie. Der Kampf um die Macht, um diese Entscheidungen zu treffen und dieses Land zu regieren, muss liegen in den Händen von Arbeiterräten, damit rationelle vernünftige Entscheidungen gefunden werden können, zur Zufriedenheit der Mehrheit...

Die Sowjetunion wird sicher den gleichen Weg gehen, und das würde uns helfen, gemeinsam ökonomische und politische Probleme zu lösen, und unsere Staaten, unsere Arbeiterstaaten zu verteidigen, die im Moment im Übergang sind, die gebrochen sind vom Kapitalismus, aber noch nicht sozialistisch sind.

...wir kämpfen für die Schmiedung einer neuen Arbeiterpartei, gleiche Rechte, gleiche Pflichten, im Geiste von Lenin, Liebknecht und Luxemburg. Stoppt die Nazis durch Einheitsfrontaktion! Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht! Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“

Wir schrieben in unserer Bilanz im Hauptdokument unserer Zweiten Internationalen Konferenz von 1992:

„Doch wie später Treptow zeigte, standen wir von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewusst, um einen Arbeiteraufstand dadurch zu verhindern, dass sie alle Armeeeinheiten demobilisierten, die auf unsere frühe Propaganda hin Soldatenräte gebildet hatten. Obwohl geprägt durch das Missverhältnis von Kräften, gab es eigentlich einen Wettstreit zwischen dem IKL-Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution.“ („Für den Kommunismus von Lenin und Troztki!“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993)

Das war es, was sich in der Konfrontation der Programme auf der Rednertribüne in Treptow ausdrückte. Trotz des Missverhältnisses der Kräfte spürte Gorbatschow den Druck, den die Massen ausübten und dem wir einen politischen Ausdruck gaben. Er hat gehandelt, um den Revolutionären den Teppich unter den Füßen wegzuziehen, bevor wir die Zeit hatten, starke Organisationen in den Betrieben aufzubauen.

„Linke“ Unterstützer der Konterrevolution

Unsere Troztkismus-Broschüre war nicht nur eine Polemik gegen die Stalinisten, sondern auch gegen die vorgeblichen Troztkisten gerichtet, von denen manche in der DDR intervenierten und die die Konterrevolution unterstützten. Sie kritisierten Teile der „Bürgerrechtsbewegung“ wie das Neue Forum nicht dafür, dass diese die „demokratische“ Konterrevolution propagierten – bürgerliche Demokratie war ja auch ihr eigenes Programm –, sondern dafür, dass das Neue Forum nicht entschlossen genug die SED stürzen wollte, nicht gewaltsam genug gegen Stasizentralen vorging. Heute sind die Sozialistische Alternative (SAV), marx21 und Gruppe Arbeitermacht (GAM) reformistische Anhängsel der Linkspartei – meist innerhalb als angebliche Opposition,

wo sie dann Lafontaines „linke“ Reden bejubeln.

Die GAM spaltete sich von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (heute in Deutschland marx21) in den späten 70er-Jahren ab. Sie bejubelte 1990 die Angriffe der rechten Elemente, einschließlich Faschisten, auf die Stasizentrale in Berlin. Das war Mitte Januar, nach Treptow, als es eine riesige antikommunistische Offensive der westdeutschen Sozialdemokratie und der gesamten Bourgeoisie gab. Sie forderten auch den sofortigen Abzug der Roten Armee. Alle Pseudotrotzkisten unterstützten letzten Endes die Konterrevolution. Die jetzige und die ehemalige Jugendgruppe der GAM, beide namens Revolution, teilen alle dieses konterrevolutionäre Programm, was sich heute vor allem in ihrer Hetze gegen den chinesischen deformierten Arbeiterstaat ausdrückt.

Die Studentenorganisation der Linkspartei, SDS, ein Tummelplatz für Pseudotrotzkisten, hatte bei ihrem Kongress „Make Capitalism History“ Anfang Oktober dieses Jahres Bernd Gehrke, Führer der früheren DDR-Oppositionsgruppe Vereinigte Linke, eingeladen. Zuvor war er schon bei einer der Jahrestagsfeiern der SAV aufgetreten. Gehrke machte sich bei den Pseudotrotzkisten in der Führung des SDS vor allem mit der Aussage beliebt: „Klar ist aus meiner Sicht, dass wir aus einem antagonistischen Ausbeutungssystem in ein anderes gelandet sind“ (SoZ, November 2009). Für ihn wie für viele Pseudolinke besteht die Welt spätestens seit 1989 nur aus der „Alternative“ bürgerlich-parlamentarischer Regierungskombinationen rot-grün oder schwarz-gelb: „Es bestand [1989/90] die reale Alternative zwischen einer rot-grünen Bürgerdemokratie und einer gleichberechtigten Vereinigung beider deutscher Staaten einerseits, und der dann realisierten Unterwerfung Ostdeutschlands mit dem Sieg des Neoliberalismus im Gefolge andererseits.“

Die VL war 1989/90 in der DDR ein wichtiger politischer Gegner für uns, weil viele Arbeiter und Linke der Offensive des Kapitals mit einer „Einheit der Linken“ begegnen wollten. Die VL war der linke Flügel der kleinbürgerlichen „Bürgerbewegung“. Sie strichen nach der Konterrevolution bald die Segel, ihre Aufgabe hatte sich erledigt. In ihrem Gründungsaufwurf vom 4. September 1989 „Für eine Vereinigte Linke in der DDR“ erklärten sie:

„... die Herstellung eines breiten Konsenses unter den Linken in unserem Land und die Ausarbeitung eines realistischen, politisch tragfähigen und durchgreifenden gesellschaftlichen Programms einer sozialistischen Umgestaltung der DDR [ist] heute wichtiger als jemals zuvor.“

Die Widersprüchlichkeit der VL wird besonders deutlich an ihrer anfänglichen Unterstützung der Treptower Demonstration einerseits und ihrer panikartigen Reaktion darauf andererseits. Noch am 3. Januar 1990, d. h. am selben Tag wie Treptow, bekamen es die kleinbürgerlichen Demokraten der Bürgerbewegung inklusive der VL sowie der SDP mit der Angst zu tun. „Anlass war die Befürchtung, ‚alte SED-Kader‘ würden wieder in Machtpositionen gelangen.“ („Erklärung der Opposition zum Wahlbündnis 90“, www.ddr89.de) Es wurde ein kurzlebige oppositionelles Wahlbündnis, zusammengeschnürt mit dem Ziel, „die bisher regierenden politischen Kräfte abzulösen“. Dieses Wahlbündnis sollte die Organisationen der Bürgerbewegung wie die VL, das Neue Forum, die Initiative für Frieden und Menschenrechte, Demokratie jetzt, den Demokratischen Aufbruch (der gerade seinen Weg zu Kohls CDU fand) sowie die offen für Marktwirtschaft und Wiedervereinigung eintretende SDP umfassen. Dieses Wahlbündnis war konterrevolutionär. Unter dem Eindruck des Höhepunkts unseres Einflusses und einer beeindruckenden Manifestation prosozialistischer Massen (d. h. im Zuge der fortschreitenden politischen Polarisierung in der DDR) bekamen es die „sozialistischen Demokraten“ an der Führung der VL mit der

Angst zu tun und schlossen sich mit konterrevolutionären Kräften zusammen. Von uns verlangte ihr Führer Thomas Klein am 21. Januar, dass wir uns von Treptow distanzieren, falls wir dieser konterrevolutionären Volksfront beitreten wollten. Das zeigt sehr deutlich, wohin vorgeblich klassenloser Kampf für „Demokratie“ oder „Menschenrechte“ und sozialdemokratischer „Antistalinismus“ einen führen, nämlich ins Lager des Klassenfeindes.

Das Trojanische Pferd der Konterrevolution

Es gibt Hinweise darauf, dass in der Arbeiterbasis der SPD sowie in den Gewerkschaften Ende 1989 das Gerede über kapitalistische Wiedervereinigung mit einer Menge Unbehagen aufgenommen wurde. Auf einer gewissen Ebene spiegelte dies das Verständnis wider, dass die sozialen Errungenschaften in der DDR auch Errungenschaften für die Arbeiter im Westen darstellten. Oskar Lafontaines Distanzierung von Willy Brandts nationalistischem Kurs in Richtung schneller Wiedervereinigung, seine Appelle für eine langsame Wiedervereinigung, um eine Überlastung der westlichen Sozialsysteme zu vermeiden, waren sowohl ein deformierter Ausdruck solchen Unbehagens innerhalb der Arbeiterklasse im Westen als auch ein Mittel, um solche Besorgnisse zu beschwichtigen und vor allem um Klassenkampf zu verhindern. Als der IG-Metall-Tarifvertrag auslief und im Januar 1990 Streiks anstanden, wurde sehr schnell von den Bossen eine Lohnerhöhung zugestanden. Die Bosse und die SPD-Spitzen waren sehr bewusst dabei, um jeden Preis den Ausbruch von Klassenkampf im Westen zu dieser Zeit zu verhindern; sie fürchteten den Einfluss, den dieser auf die Arbeiterklasse in der DDR haben könnte. 1953 hatte die SPD-Führung Überstunden geschoben, um eine Ausbreitung des 17. Juni auf Westdeutschland und Westberlin zu verhindern. Deshalb durften die Ostberliner Arbeiter keinen Generalstreikaufruf über den Westberliner Rundfunk RIAS verlesen. Die Polarisierung in der SPD 1989/90 deutete an, wie diese Partei unter der Wucht einer siegreichen proletarisch-politischen Revolution in der DDR entlang der Klassenlinie hätte gespalten werden können.

Lafontaines Rolle war die des linken Gesichts der sozialdemokratischen Kampagne für die kapitalistische Wiedervereinigung, auch wenn die anderen Führer der SPD ihm dafür nicht sehr dankbar waren. Viele von ihnen haben ihm bis heute nicht vergeben, wie skeptisch er über die nationalistische Orgie war, die sie zusammen mit Kohl durchzogen. Dabei hielt er Leute, die sich als „Internationalisten“ sahen, innerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie, Leute, die die nationalistischen Exzesse der Ost-SPD und von Brandt abschreckten. Mit seinen Warnungen vor den Ergebnissen einer schnellen Konterrevolution sprach er die Angst derjenigen an, die in der DDR etwas Positives sahen, das nicht zerstört werden sollte, er gab diesen Leuten den Eindruck, er sei irgendwie auf ihrer Seite. Oskar Lafontaine bildet heute in der Linkspartei den Kitt zwischen der ostdeutschen PDS-Basis und den West-Linken und West-Gewerkschaftern aus der WASG, weil er 1989/90 für eine langsamere Wiedervereinigung eintrat. 1989 war er derjenige, der die potenziellen linken Dissidenten und große Teile der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie band. In dieser Funktion verkörperte er in viel gefährlicherer Form als Willy Brandt und Co. das Trojanische Pferd der Konterrevolution.

Gründung der Spartakist-Arbeiterpartei

Am 21. Januar 1990 gründeten wir die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), eine Fusion der Spartakist-Gruppen und der Trotzkistischen Liga Deutschlands. Die SpAD nahm den Kampf gegen die konterrevolutionäre Kampagne auf, die nach Treptow entfesselt wurde, um die DDR in den Anschluss zu treiben.

Treptow war wirklich ein Wendepunkt. Die deutsche Bourgeoisie geriet in Raserei und eröffnete einen ideologischen und ökonomischen Blitzkrieg, der auch gegen die Stalinisten gerichtet war. Es gab eine Sitzung des sogenannten Runden Tisches – eine konterrevolutionäre Versammlung aller oppositionellen Gruppen einschließlich der Vereinigten Linken, zusammen mit der SED-PDS und der ostdeutschen SPD/SDP. Die SPD trat auf und schrie gegen die stalinistische SED-PDS, weil sie auf derselben Tribüne mit den Troztkisten standen, die die SPD/SDP „das Trojanische Pferd der Konterrevolution nennen“, und schwenkte unser Flugblatt dabei. Einige Tage später, nach noch mehr Druck, erklärte Gysi, dass es ein Fehler war, zu der Treptower Demonstration aufzurufen. Danach organisierten Gorbatschow und in seinem Nachtrab die ostdeutschen Stalinisten die wilde Flucht hinein in die Konterrevolution. Nach einem Treffen mit Gorbatschow Ende Januar in Moskau verkündete Modrow von der SED-PDS, damals Chef der DDR-Regierung, offen: „Deutschland, einig Vaterland!“

Die Wirkung auf die fortgeschrittensten Arbeiter war verheerend, weil sie immer noch auf die SED-PDS schauten und hofften, dass sie eine Art Hindernis zur Konterrevolution wäre. Trotzki hatte schon in Bezug auf die Spanische Revolution erklärt, dass Arbeiter nicht einfach mit der Partei brechen, die sie ins politische Leben brachte. Die Stalinisten wussten das und spielten auf Zeit. Gleichzeitig öffnete die SED-PDS alle Tore, um die deutsche Bourgeoisie reinzulassen. Ganze Fabriken wurden ausverkauft und die fortgeschrittensten Arbeiter wurden auf voll bezahlte „Kurzarbeit Null“ gesetzt, sprich gefeuert. Die Bourgeoisie pumpte Milliarden von D-Mark in die DDR.

In unserer Propaganda verschoben wir ebenfalls die Betonung, um die Notwendigkeit von Widerstand gegen die konterrevolutionäre Kampagne, die ostdeutsche Arbeiterklasse in die Konterrevolution zu drängen, hervorzuheben. Immer und immer wieder hatten wir die Überschrift „Gegen kapitalistische Wiedervereinigung“. Wir sagten: Nein zur Konterrevolution! Organisiert euch gegen den Ausverkauf der Fabriken! Wer gibt den Direktoren und anderen stalinistischen Bürokraten das Recht, die Fabriken zu verkaufen, die ihnen nicht gehören, sondern uns, der Arbeiterklasse?

Gegen die konterrevolutionäre Perspektive der kapitalistischen Vereinigung Deutschlands stellten wir die revolutionäre Perspektive der Einheit des deutschen und sowjetischen Proletariats, was auch gegen den falschen Glauben unter vielen ostdeutschen Arbeitern gerichtet war, dass es der westdeutschen Arbeiterklasse an jeglichen revolutionären Fähigkeiten fehle. Viele sagten uns, dass eine Revolution in Westdeutschland vielleicht möglich wäre, aber nicht heute oder morgen, und wir müssen heute etwas machen; wenn wir uns erheben, dann werden wir sofort mit dem machtvollen westdeutschen Imperialismus konfrontiert sein, mit der NATO, den Faschisten usw.

Die Sowjetunion war alles andere als stabil. Einerseits gab es zunehmende nationalistische Spannungen und konterrevolutionäre Bewegungen, besonders in den baltischen Staaten. Andererseits hat es im Sommer 1989 auch machtvolle Streiks der sowjetischen Bergarbeiter gegeben, wo spontan Sowjets gegründet worden waren usw., was zu schweren Erschütterungen bei der Bürokratie geführt hatte. Wir stellten die Losung auf: „Für eine Föderation von UdSSR und DDR, basierend auf Arbeiterdemokratie“ (*Arprekorr* Nr. 20, 26. Januar 1990).

Die Wahlen im März 1990 waren ein Referendum über Ja oder Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung, also Ja oder Nein zur kapitalistischen Konterrevolution. Wir machten klar, dass jede Organisation eine klare Position vor der Arbeiterklasse zu dieser lebenswichtigen Frage einnehmen muss. Unser zentraler Punkt war immer und immer wieder



kein Bildnachweis

Nach Treptow: Deutsche Bourgeoisie führt ideologischen und ökonomischen Blitzkrieg, Gorbatschow knickte ein, Modrow fügte sich und propagierte nun „Deutschland, einig Vaterland“

ein klares und lautes „Nein!“. Als eine Taktik, um die Stimmzahl gegen die Konterrevolution zu maximieren und prosozialistische Arbeiter von pseudolinken Organisationen zu brechen, die die Konterrevolution unterstützten, und um diejenigen linken Organisationen zu spalten und umzugruppieren, die sich unter den Schlägen des kommenden Referendums polarisierten, gaben wir zur Volkskammerwahl am 18. März folgende Erklärung ab:

„Die SpAD sagt: Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Dies ist die dringende Frage, die sich in dieser Wahlkampagne stellt. Wir rufen alle diejenigen, die angeben, in Verteidigung der Interessen der Werktätigen der DDR zu stehen, dazu auf, jetzt und schriftlich ihre Position zu dieser Frage zu erklären. Die Werktätigen müssen ebenfalls verlangen, dass alle Kandidaten hierzu Stellung nehmen. Das Programm der Spartakisten ist die weitsichtigste und konsequenteste Verteidigung unseres Arbeiterstaats: Wählt die Kandidaten der SpAD bei den Wahlen am 18. März. Wo die SpAD keine Kandidaten aufstellen kann, rufen wir unsere Anhänger dazu auf, für solche Parteien und Gruppen zu stimmen, die klar gegen kapitalistische Wiedervereinigung stehen.“ (*Arprekorr* Nr. 23, 15. Februar 1990 und folgende Ausgaben)

Wir gingen damit zu den linken Organisationen in der DDR, und wie sich herausstellte: *Wir waren die Einzigen, die gegen kapitalistische Konterrevolution kämpften!*

Unter dem Ansturm der bürgerlichen Offensive verzweifelten die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse zunehmend. Um ein Beispiel zu geben: Als wir die Stadtreinigungsarbeiter in Halle besuchten, sahen wir unser Wahlplakat direkt neben dem der konservativen Christdemokraten hängen, die zu der Zeit die Regierung in Westdeutschland führten. Darauf angesprochen erklärten die Arbeiter uns: Entweder entscheiden wir uns für Revolution, dann stimmen wir für euch, oder wir entscheiden uns für Kapitalismus und stimmen für die Partei, die die besten Verbindungen und den besten Zugang zum Kapital hat.

Am 18. März stimmten mehr als 70 Prozent der DDR-Wähler entweder für die christdemokratisch- oder für die sozialdemokratisch-basierte Koalition, d.h. für die offene schnelle kapitalistische Wiedervereinigung. Wir sagten der internationalen Arbeiterklasse die bittere Wahrheit: „Viertes Reich gewinnt bei DDR-Wahl“. Die Konterrevolution hatte gewonnen, was eine bittere Niederlage nicht nur für die deutsche, sondern auch für die internationale Arbeiterklasse

war. Die Einführung der westdeutschen D-Mark, die Auflösung der NVA, der DDR-Polizei und so weiter wurde im Grunde genommen zu diesem Zeitpunkt entschieden.

Die Konterrevolution verwüstet die Ex-DDR

Wovor wir gewarnt und wogegen wir gekämpft hatten, ist eingetreten: Die Konterrevolution verwüstete die frühere DDR; die gesamte Industrie wurde dem Erdboden gleich gemacht und es herrscht Massenarbeitslosigkeit, die Jugend wandert ab. Es gibt ständige, unablässige Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse im Westen, einen Feldzug, um die Macht der Gewerkschaften zu brechen und das System der Flächentarifverträge zu zerstören. Frauen wurden ganz besonders hart getroffen. Während sie in der DDR in die Gesellschaft integriert waren, zu 90 Prozent Arbeit hatten und es Krippenplätze für ihre Kinder gab, verloren sehr viele von ihnen in den nächsten Monaten ihre Arbeit und es gibt ständig Angriffe auf das Abtreibungsrecht. In Osteuropa ist die Situation für die arbeitenden Massen sogar noch schlimmer.

Gleichzeitig wird zunehmender rassistischer Terror benutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Es gibt unzählige Abschiebungen von Immigranten und Flüchtlingen, selbst von in Deutschland geborenen Jugendlichen. Es gibt ein Anwachsen der Faschisten und faschistischen Mord und Terror. Der rassistische Staatsterror und der Terror der extralegalen faschistischen Banden wird genährt von der rassistischen antimuslimischen Kampagne nach dem 11. September 2001.

Seit wir 1999 diese Veranstaltung zum damals 10. Jahrestag des Mauerfalls machten, hat die damalige SPD/Grünen-Regierung scharfe Angriffe auf die arbeitende und arme Bevölkerung geführt: Hartz IV, Angriffe im Gesundheitswesen, die Bundeswehr schickten sie auf den Balkan und später nach Afghanistan. Der Berliner „rot-rote“ Senat von SPD und Linkspartei hat die Tarifverträge im öffentlichen Dienst zerschlagen, die BVG-Arbeiter aufgespalten. All diese Angriffe führte er, um die Mittel zur Sanierung der Berliner Landesbank auszupressen – ganz so, wie es die „schwarz-rote“ CDU/SPD-Bundesregierung bei der Finanzkrise vor einem Jahr national gemacht hat. Ungeachtet dessen hatte die Linkspartei die Frechheit, ein Wahlplakat bei der Bundestagswahl aufzuhängen: „Geld für Bildung – nicht für Banken!“

Hauptinstrument für die kapitalistische Konterrevolution in der DDR war die Sozialdemokratie, die wir deshalb troja-

nisches Pferd nannten. Zur gleichen Zeit war das Haupthindernis für den Kampf dagegen die herrschende SED, weil viele in der DDR die Illusion hatten, sie würde die DDR verteidigen. Die gesamte Pseudolinke, allen voran die Pseudotrotzkisten, unterstützte die kapitalistische Konterrevolution. Heute, wo der SPD-Kanzlerkandidat von 1990, Oskar Lafontaine, die Linkspartei führt, sind sie dort hineingekrochen, diese Partei ist ihnen jetzt sozialdemokratisch genug. Die Partei der internationalen sozialistischen Revolution wird geschaffen im unnachgiebigen Kampf gegen diese konterrevolutionären Scharlatane. Dieser Weg wird nicht leicht sein. Unsere pseudolinken Opponenten tragen eine große Verantwortung für den ideologischen Niedergang, der sich auf das internationale Proletariat auswirkt. Dazu zitiere ich hier unsere Internationale Grundsatzklärung von 1998:

„Zwar beeinflusst das ideologische Klima vom ‚Tod des Kommunismus‘ das Bewusstsein des Proletariats, doch in vielen Ländern auf der Welt liefert scharfer Klassenkampf die objektive Grundlage für die Wiederbelebung des Marxismus als Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und der proletarischen Revolution. Es ist nicht der Kommunismus, sondern seine Parodie, der Stalinismus, der sich als Sackgasse erwiesen hat.

Trotzkis Feststellung im Übergangsprogramm von 1938: ‚Die politische Weltlage als Ganzes ist vor allem durch eine historische Krise der proletarischen Führung gekennzeichnet‘, wurde vor dem gegenwärtigen riesigen Rückschritt im proletarischen Bewusstsein aufgestellt. Die Wirklichkeit dieser nachsowjetischen Periode fügt zu Troztkis Beobachtung eine neue Dimension hinzu. Nur auf eine einzige Art und Weise kann dieser Rückschritt überwunden und die Arbeiterklasse zu einer Klasse *für* sich werden, das heißt für die sozialistische Revolution kämpfen: Eine internationale leninistisch-trotzkistische Partei muss wieder geschmiedet werden als Führung der Arbeiterklasse. Der Marxismus muss erneut die Loyalität des Proletariats gewinnen.“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998)

Und das ist der Grund unserer Existenz. Unser Banner ist unbefleckt. Wenn wir sagen, wir sind die Partei der Russischen Revolution, wollen wir damit sagen: Wir haben die Kontinuität des bolschewistischen Programms von Lenin aufrechterhalten und streben danach, es in den Klassenkämpfen anzuwenden. Unsere Aufgabe ist es, die Vierte Internationale wiederzuschmieden, die Weltpartei der sozialistischen Revolution.■

Basken...

Fortsetzung von Seite 20

Nach den letzten Festnahmen besuchte der spanische Oberbulle, der Sozialdemokrat Alfredo Pérez Rubalcaba, am 26. August Paris, um mit dem neuen Minister der französischen Bullen, Brice Hortefeux, die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Spanien zu feiern. Diese Zusammenarbeit war in den 1980er-Jahren unter den sozialdemokratischen Regierungen von Mitterrand und Felipe González durch die Bildung von Todesschwadronen, den GAL [Grupos Antiterroristas de Liberación, Antiterroristische Freiheitsgruppen], mit Blut besiegelt worden. Die GAL ermordeten mindestens 27 mutmaßliche baskische Nationalisten. Diese Zusammenarbeit ist seitdem erfolgreich fortgesetzt worden, auch unter der Regierung Jospin-Buffet-Mélenchon vor gut 10 Jahren [die Sozialisten Lionel Jospin und Jean-Luc Mélenchon und die „Kommunistin“ Marie-George Buffet]. Heute sind nicht nur die baskischen Nationalisten im Visier, sondern auch insbesondere die Arbeiter ohne gültige Papiere, die es geschafft haben, unter

Einsatz ihres Lebens von Afrika nach Spanien zu gelangen, und versuchen die anderen europäischen Länder zu erreichen. Die Maßnahmen zur Ausweisung immigrierter Arbeiter nehmen rapide zu, auch gegen diejenigen, die ihren Aufenthalt legalisiert hatten. In Frankreich und in Spanien fordern wir: **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Schluss mit den Abschiebungen!**

Während des Polizeigipfels am 26. August hat Rubalcaba besonders hervorgehoben, dass die Verfolgung der ETA „aktuell das wichtigste Problem in Spanien“ sei (Video der Pressekonferenz auf www.interieur.gouv.fr). Und das zu einem Zeitpunkt, wo die Wirtschaftskrise Spanien mit einer Wucht zugrunde richtet, die schlimmer ist als in den meisten anderen europäischen Ländern! Offiziell gibt es in Spanien fast vier Millionen Arbeitslose, ein Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung. Rubalcabas Erklärung veranschaulicht beispielhaft, wie die spanische Bourgeoisie die Repression gegen das baskische Volk dazu benutzt, die Basken zum Sündenbock der kapitalistischen Krise zu machen, um so jede proletarische Mobilisierung zu verhindern angesichts geplanter Massenentlassungen und der Zwangsäumung

vieler hochverschuldeter Familien aus ihren Wohnungen. Das ist ein klassisches Beispiel dafür, wie die Bourgeoisie spaltet, um besser zu herrschen. Daher ist es für die revolutionäre Einheit des Proletariats in Spanien und auf beiden Seiten der Pyrenäen unbedingt notwendig, dass die Arbeiterbewegung für die Verteidigung des baskischen Volkes mobilisiert wird und sein *Recht auf Selbstbestimmung* verteidigt, *einschließlich des Rechts auf Unabhängigkeit von Spanien und/oder Frankreich*. Aber die spanische reformistische Linke, treu ergebener Diener bei der Verteidigung der Interessen ihrer eigenen Kapitalistenklasse, steht offen oder implizit auf der Seite ihrer eigenen Bourgeoisie und der sozialdemokratischen Regierung gegen die baskisch-nationalistischen Aktivisten.

Wenn die ETA in krimineller Weise Bomben in Restaurants und anderen touristischen Einrichtungen legt, so richtet sie sich potenziell gegen jeden. (Der Tourismus ist ein Stützpfiler der nationalen Wirtschaft und stellt einen bedeutenden Anteil an Arbeitsplätzen.) So wurden am 30. Dezember 2006 zwei junge Immigranten aus Ecuador bei einem Attentat auf dem Flughafen von Madrid getötet, für das die ETA Verantwortung übernahm. Durch das Entfachen von Gewalt zwischen den Völkern schürt die ETA nationalistische Ängste und Hass auf allen Seiten und hilft damit den spanischen Reformisten, die nicht-baskische Arbeiterklasse an die spanische Bourgeoisie zu ketten. Ziel der baskischen Nationalisten ist einfach die Bildung eines von den spanischen und französischen Unterdrückern losgetrennten baskischen Nationalstaats, eines *bürgerlichen Staats*, der die besonderen Interessen der baskischen Bourgeoisie verteidigt, sowohl nach außen als auch gegen die Arbeiter im Baskenland selbst, seien sie nun baskischer oder nicht-baskischer Herkunft.

Die Entführung und Hinrichtung von Bullen, bürgerlichen Politikern und Industriebossen sind keine Verbrechen gegen die Arbeiterklasse, aber es sind nutzlose Taten, die der nationalistischen Perspektive der ETA-Mitglieder entspringen. Sie stehen im Gegensatz zu einer Strategie der Mobilisierung der Masse der Unterdrückten (in diesem Fall insbesondere der spanischen oder katalanischen Massen) und zu einer Perspektive sozialistischer Revolutionen auf beiden Seiten der Pyrenäen. Als Marxisten-Leninisten lehnen wir die kleinbürgerliche Strategie des individuellen Terrors im Kampf gegen die kapitalistische Unterdrückung ab. Wir gehen von den historischen Interessen der Arbeiterklasse aus, der einzigen sozialen Klasse im Kapitalismus, die aufgrund ihrer Verbindung zu den Produktionsmitteln die soziale Macht besitzt, das kapitalistische System zu stürzen. Dennoch verteidigen wir die Unterdrückten, wenn sie gegen die Bourgeoisie und deren Staat vorgehen, gegen die Repression der Kapitalisten.

Die Arbeiterbewegung muss die baskischen Nationalisten gegen die Repression, der sie ausgesetzt sind, verteidigen und sich gleichzeitig gegen ihre Ideologie wenden. Hinter der Repression gegen das Baskenland steht die Bestrebung der Bourgeoisie, die gesamte multiethnische Arbeiterbewegung zu spalten. In einer Region, in der die Polarisierung entlang nationaler Linien so stark ist, dass zehntausende Menschen zu Demonstrationen für oder gegen die Rechte der Basken mobilisiert werden können, muss eine proletarische Avantgarde den Kampf gegen die nationale Unterdrückung führen. Ohne dieses wesentliche Element wird das Zusammenwirken der historischen Macht der nationalistischen Ideologie, der enormen Last der brutalen nationalen Unterdrückung und des Sozialchauvinismus der französischen und spanischen Linken die baskischen Arbeiter in die Arme der baskischen Nationalisten treiben, die heute die Hauptkraft in den regionalen Gewerkschaften darstellen (siehe hierzu insbesondere unseren Artikel zur baskischen Frage in *le Bolchévik* Nr. 146,

Sommer 1998).

Die französische reformistische Linke betrachtet die baskische Frage zunächst einmal als ein rein spanisches Problem; so verteidigt sie implizit die Einheit und Unteilbarkeit der kapitalistischen französischen Republik (trotz der Tatsache, dass bei den letzten Europawahlen vor einigen Monaten im Departement Pyrénées-Atlantiques [zu dem auch der französische Teil des Baskenlandes gehört] nahezu 10000 Stimmen für die nationalistischen Listen abgegeben wurden). Lutte ouvrière (LO) stellt den Terror der sozialdemokratischen kapitalistischen Regierung in Spanien auf dieselbe Stufe wie die Attentate der ETA:

„Die Politik der ETA, die in Wirklichkeit alle Spanier, auch die Arbeiter, als ihre Gegner betrachtet, ist offensichtlich kriminell. Aber sie sind nicht die einzigen, die innerhalb der spanischen Arbeiterklasse für Verwirrung sorgen. Diejenigen in der spanischen Linken, deren einzige Ambition es ist, in einer Regierung die Geschäfte der Bourgeoisie zu verwalten, und die sich immer wieder einer Rechten anpasst, die vom Franco-Erbe schwer belastet ist, landen bei den gleichen Konsequenzen.“ (*Lutte de Classe* Nr. 104, April 2007)

Die Reformisten von Lutte ouvrière sind wohlbekannt für ihre Kapitulation gegenüber den „Anti-Terror“-Kampagnen der Bourgeoisie, besonders durch ihre Weigerung, die flächendeckenden rassistischen Polizeikontrollen auf französischen Bahnhöfen und Flughäfen im Rahmen des Vigipirate-Plans abzulehnen.

Was die NPA [Neue Antikapitalistische Partei] von Oliver Besancenot und Alain Krivine angeht, so hat sie unserer Kenntnis nach niemals eine Position zur baskischen Frage bezogen. Ihre vorherige Inkarnation, die „Ligue communiste révolutionnaire“, hatte am 1. Februar 2007 in der Zeitung *Rouge* einen Artikel veröffentlicht, in dem es hieß:

„Die anderen linken Basken müssen die abertzale [nationalistische] Linke davon überzeugen, dass die ETA die Waffen nicht deshalb niederlegen soll, weil der spanische Staat dies als Bedingung zur Erneuerung des Dialogs fordert, sondern weil dies notwendig ist, um eine demokratische Allianz für die nationale Selbstbestimmung zu schaffen, die allein die Umwandlung des heutigen Mehrheitsgefühls der baskischen Gesellschaft in eine staatsbürgerliche Mobilisierung ermöglicht.“

Auch wenn sie gelegentlich die Freiheit einiger baskischer Aktivisten fordert, will sie diese in Wirklichkeit gerade im Namen derjenigen kapitalistischen „Demokratie“ entwerfen, die die Basken unterdrückt. Vor 36 Jahren haben die spanischen Genossen von Krivine ihre Organisation im Baskenland in einen Flügel des baskischen Nationalismus aufgelöst, der aus der politischen Bewegung der ETA hervorging. Heute kapitulieren sie direkt vor dem kapitalistischen spanischen Nachfolgestaat Francos.

Die Arbeiterkämpfe der 1930er- und 1970er-Jahre in Spanien haben gezeigt, dass die Lösung der nationalen Frage dieses Landes unausweichlich verbunden ist mit dem Kampf für Arbeitermacht auf der gesamten Halbinsel. Wir kämpfen für den Aufbau einer leninistischen proletarischen Avantgardepartei, die das Recht der Basken auf Selbstbestimmung auf beiden Seiten der Pyrenäen verteidigt. Nur eine solche Partei wird in der Lage sein, Basken und Katalanen mit den Arbeitern in ganz Spanien und, auf der anderen Pyrenäenseite, Frankreich zu vereinen im gemeinsamen Kampf für die Arbeiterrevolution, die in Spanien das Franco-Erbe hinwegfegen wird durch den Sturz der Bourgeoisie, einschließlich ihrer baskischen und katalanischen Bestandteile, und durch die Errichtung einer Arbeiterregierung. *Nieder mit der Hexenjagd gegen die baskischen Nationalisten! Für trotzkistische Parteien in Spanien und Frankreich als Teil einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale!* ■

SPARTAKIST

Für das Selbstbestimmungsrecht der Basken! Freiheit für die baskischen Nationalisten der ETA!

Nachfolgender Artikel wurde übersetzt aus le Bolchévik Nr. 189, September 2009, Zeitung der Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Paris, 2. September – Am 19. August wurden Alberto Machain Beraza, Beraza Aitzol Etxaburu und Andoni Sarasola während einer gemeinsamen Operation französischer und spanischer Bullen in Savoyen [Frankreich] festgenommen. Alle drei werden verdächtigt, der baskischen Unabhängigkeitsgruppe Euskadi Ta Askatasuna (Baskisches Vaterland und Freiheit, ETA) anzugehören und ihr Waffen und Sprengstoff geliefert zu haben. Im Rahmen der Unterdrückungsmaßnahmen gegen die baskisch-nationalistische Bewegung sitzen zurzeit in Frankreich 172 Menschen im Gefängnis (*le Figaro*, 1. September). Der französische Staat brüstet sich damit, seit Jahresbeginn 15 weitere Aktivisten an die spanische Polizei ausgeliefert zu haben, die der sozialdemokratischen Regierung von José Luis Za-



Batasuna-Demonstration in Bayonne am 27. September 2008

EITB

LE BOLSCHEVIK

patero untersteht; sie wurden eingekerkert wie die hundert politischen Gefangenen, die heute in spanischen Gefängnissen dahinsiechen. Im Februar 2008 gab es nach Angaben der baskisch-nationalistischen Zeitung *Gara* (25. März 2008) 739 baskisch-nationalistische Gefangene in Frankreich und Spanien – bei einer Bevölkerung von etwa zwei Millionen Basken [in beiden Ländern]. Man muss bis ins Jahr 1969 zurückgehen, zu den finstersten Zeiten Spaniens unter Franco, um eine vergleichbare Zahl zu finden! **Wir fordern die sofortige Freilassung aller baskisch-nationalistischen Aktivisten und die Einstellung aller Verfahren gegen sie!**

Diese Festnahmen erfolgen einige Wochen nach einer Reihe von Anschlägen, insbesondere gegen eine Kaserne der spanischen Guardia Civil, wo zwei Gardisten starben, und außerdem gegen den Sitz der Sozialistischen Partei in Durango sowie gegen touristische Einrichtungen auf Mallorca, wo es keine Opfer gab. Diese Anschläge zeigen, der Prahlerei der französischen und spanischen Polizei zum Trotz, dass die ETA, die nun seit 50 Jahren existiert, bei weitem nicht zerschlagen worden ist. Die nationalistische Be-

wegung kämpft gegen eine immer schärfer werdende nationale Unterdrückung. Die politische Organisation Batasuna, die als politischer Arm der ETA gilt, ist in ganz Europa verboten; und jede Organisation, die verdächtigt wird, ihr nahestehen oder ihr einfach nicht feindlich gesonnen zu sein, wird regelmäßig verboten und darf an den „demokratischen“ Wahlen in Spanien nicht teilnehmen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat nun offiziell sein Einverständnis zu diesen Polizeistaatsmaßnahmen gegeben und sie als „zwingende soziale Erfordernis“ bezeichnet, die „in einer Demokratie notwendig“ sei (*el Pais*, 1. Juli). Deutlicher kann man nicht zeigen, dass die kapitalistische Demokratie nur ein parlamentarischer Schleier ist zu dem Zweck, die Diktatur der Kapitalistenklasse über die Arbeiter und Unterdrückten zu verhüllen. „Menschenrechte“ bedeuten das Recht der Kapitalistenklasse, die Arbeiterklasse auszubeuten und ihre Bullen gegen diejenigen einzusetzen, die sie als Gefährdung ihrer Herrschaft ansieht. Angesichts der Repression des spanischen und des französischen kapitalistischen Staats muss sich die Arbeiterbewegung dem Verbot der nationalistischen Organisationen widersetzen und für das Recht auf Selbstbestimmung des baskischen Volkes kämpfen. Das ist das einzige Gegenmittel gegen das chauvinistische Gift, das die baskischen und die nicht-baskischen Arbeiter voneinander trennt und das die spanische Bourgeoisie dringend braucht, um ihr System kapitalistischer Unterdrückung aufrechtzuerhalten.

Fortgesetzt auf Seite 18